

# Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Forderung der Massen:

## Kein faules Kompromiß!

Berliner Stadt-Arbeiter für Kampf gegen Tarifbruch

### Urabstimmung in den Betrieben

Die Obleute der Städt. Gas- und Wasserwerke haben am Mittwoch nach mehrstündiger Beratung einstimmig beschlossen, die Urabstimmung in den Betrieben durchzuführen. Darauf haben auch die Obleute der BVG, die vorher die Urabstimmung abgelehnt hatten, beschlossen, nach Durchführung der Abstimmung in den Gas- und Wasserwerken erneut zu der Frage Stellung zu nehmen.

Berlin, 6. Januar.

Der Beschluß der Obleute ist um so mehr zu begrüßen, als er auch den Forderungen der Berliner Gewerkschaften auf den Kompromiß-Vorschlag der Gas- und Wasserwerke entgegenwärtig, ab 1. Januar eine Kürzung um einen Pfennig vorzunehmen. Wie wir hören, ist in der Obleutesitzung einstimmig die Auffassung vertreten worden, daß die Ablehnung des Vorschlags der Werke aus grundsätzlichen Erwägungen zu erfolgen hat,

weil die Direktion eine glatte Durchbrechung des Tarifrechts vornehmen wollte.

Während die „Rote Fahne“ mitgeteilt hatte, daß die RGO sich an der Urabstimmung nicht beteiligen werde, gaben die Kommunisten in der Obleutesitzung die Erklärung ab, daß sie

in den Betrieben für die Beteiligung eintreten würden.

Hatte vormittag haben in nahezu allen Betrieben Belegschaftsversammlungen stattgefunden, in denen eingehend über die drohenden Lohnkürzungen verhandelt wurde. Es herrschte durchgehend eine

sehr erbitterte Stimmung gegen die Direktion der städtischen Werke,

die die wirtschaftliche Schwäche der Arbeiterschaft zu Lohndruck und Tarifbruch ausnutzen will. Die Kommunisten konnten überall nur einen kleinen Bruchteil der Arbeiterschaft um ihre verworrenen Parolen sammeln.

Nach dem Bericht der „Roten Fahne“ hat eine Versammlung der „Öffentlichen Beleuchtung“ einstimmig den Streik beschlossen. Wie uns aus den Kreisen der Belegschaft mitgeteilt wird, handelt es sich nicht um eine Belegschaftsversammlung, sondern um eine

Werkstellenbesprechung, an der 40 bis 45 Mann von der 550 Mann starken Belegschaft teilgenommen haben.

In der Belegschaftsversammlung des Gaswerks Danziger Straße gab der Obmann, Genosse Lenz (SAP), den Bericht. Der RGO-Vertreter Weinert brachte eine Entschließung ein, für die nur 20 von den 300 Anwesenden stimmten. In der Diskussion machte er gegen unseren Genossen dadurch Stimmung zu machen, daß er erklärte, die SAP toleriere Brüning, da sie die Freien Gewerkschaften toleriere.

Unsere Genossen lassen sich durch solche Quertreibereien nicht aus ihrer klaren Position verdrängen. Sie stehen auf dem Boden der Freien Gewerkschaften und werden in ihren Reihen innerhalb der Berliner Belegschaften für den positiven Ausgang der Urabstimmung kämpfen.

Die nächsten Tage stellen an die SAP-Genossen in den Berliner Städtischen Betrieben erhöhte Anforderungen. Sie können davon überzeugt sein, daß die Berliner Partei-genossenschaft sie mit all ihren Kräften unterstützen wird.

### Vom Arzt zum Irrenwärter

Dr. med. Hilferdings neueste Theorie

Berlin, 6. Januar

Es war bisher eine gewisse Stärke der Sozialdemokratie, daß sie ihrer falschen Politik eine zwar falsche, aber doch in sich geschlossene und konsequente Begründung zu geben wußte. Die Theorie vom „kleineren Uebel“ ist zwar falsch und verhängnisvoll, aber gerade durch ihre Primitivität auf die Gefolgschaft noch wirksam. In dem Augenblick aber, in dem man versucht, sie von tiefsten sozialen und politischen Gesichtspunkten her zu untermauern, gerät sie hoffnungslos in die Brüche. Das beweist ein Aufsatz „Unter der Drohung der Faschismus“, den der Theoretiker der Partei, Dr. Rudolf Hilferding im Januarheft der „Gesellschaft“ veröffentlicht.

Hilferding beruft sich auf Trotzki. Dessen scharfe Kritik an der Beteiligung der KPD am preußischen Volksentscheid ist für ihn der Beweis für die Richtigkeit der Tolerierungspolitik.

„Jedes Wort des Hohnes und der Enttäuschung, mit dem Trotzki das Zusammengehen der Kommunisten mit der faschistischen Reaktion beim preußischen Volksentscheid verurteilt, gälte für das parlamentarische Zusammengehen der Sozialdemokratie mit der Harzburger Front und kann mit vollem Recht auf das bisherige und kommende kommunistische Verhalten im Reichstag jederzeit angewandt werden.“

Diese Schlußfolgerung ist der Gipfel des parlamentarischen Kretinismus. Trotzki hat die Beteiligung der Kommunisten am preußischen Volksentscheid niemals deshalb verurteilt, weil er in dem System Brüning-Braun das kleinere Uebel erblickt. Er spricht es mit aller Deutlichkeit aus:

„Wir Marxisten betrachten Brüning und Hitler mitsamt Braun als verschiedene Teilelemente ein und desselben Systems. Die Frage, wer von ihnen das „kleinere Uebel“ ist, hat keinen Sinn, denn das System, das wir bekämpfen, benötigt alle diese Elemente.“

Trotzkis Ablehnung der kommunistischen Taktik resultiert also aus völlig anderen Erwägungen. Sie gründet sich auf die Ablehnung der Theorie von der „einen reaktionären Masse“, die die Kommunisten heute bereits so weit treiben, daß sie es als „Opportunismus“ ahnden, wenn ein Unterschied zwischen Goebbels und ... Seydewitz gemacht wird. Trotzki sieht, daß die Elemente des Systems, das wir bekämpfen, sich im Konflikt befinden, und daß es die Aufgabe der Partei der Proletariats ist, diesen Konflikt im Interesse der Revolution auszunutzen. Die kommunistische Taktik erreicht genau das Gegenteil: sie verstärkt nicht den Konflikt, sondern schmiedet die widerstrebenden Elemente fester zusammen und verstärkt dadurch die Front des Gegners. Deshalb bekämpft Trotzki die kommunistische Taktik, genau wie wir sie bekämpfen.

Aber die Spannungen und Differenzen im Lager der Gegner nicht auszunutzen, ist kein minder schwerer Fehler als jener andere, der mit Hilfe der Theorie vom „kleineren Uebel“ von der Sozialdemokratie begangen wird: eine Gruppe im faschistischen Lager bedingungslos zu unterstützen. Dieser Fehler ist um so schwerer, als die von der Sozialdemokratie unterstützte Gruppe, die Raziö-Gruppe, in ihrer praktischen Politik jener anderen Gruppe dem Nationalsozialismus, Vor-

## Verheerende Fluten

Schwere Hochwasser-Verwüstungen in Mitteldeutschland

### Der Muldedamm gebrochen

Dessau, 6. Januar.

Der Damm der Mulde ist bei Retzau gebrochen. Der staatliche Hochwasserschutz, Technische Nothilfe und Ordnungspolizei sind dabei, ihn wieder zu schließen. Die Dörfer Retzau und Sollnitz sind in größter Gefahr.

Bei der Polizeiverwaltung in Dessau lief heute vormittag folgendes Telegramm aus Niesau ein: „Damm gebrochen, 1000 Sack unbedingt erforderlich, Damm noch nicht überflutet; drei Zentimeter gefallen.“ Vierzig Mann der Staatlichen Schutzpolizei sind daraufhin nach Niesau entsandt worden.

### Fieberhafte Abwehrarbeit in Dessau

Dessau, 6. Januar

Die größte Hochwasser-Welle wird gegen Mitternacht in Dessau erwartet. Der Promenadenwall, der letzte Wasserschutzgürtel und Verbindungsweg nach dem Osten des Kreises, ist überflutet. Die Häuser der Wasserstadt stehen bereits zum Teil unter Wasser. An der Durchbruchsstelle bei Retzau hat man sich bisher vergeblich bemüht, die Lücke, die inzwischen etwa 15 Meter breit geworden ist, mit Fichtenstämmen zu schließen. Die Truppen aus Dessau und Zerbst beschränken sich darauf, die übrigen gefährdeten Dammstädte durch

Aufwerfen von Notdämmen zu schützen. In Retzau und Dessau arbeitet das Militär im Verein mit Hunderten von Arbeitslosen und der Technischen Nothilfe. Man ist jetzt damit beschäftigt, die Dämme zu erhöhen, um den Wasseranprall in der Nacht erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen zu können.

### Sirenen und Sturmglocken

Halle, 6. Januar

Nachdem die Feuerwehren in und bei Bitterfeld bereits am Dienstag abend eingesetzt waren, sind im Laufe der Nacht und des heutigen Vormittags mehrere Bereitschaften der Schutzpolizei aus Halle und Bitterfeld angefordert worden, da der Muldedamm gebrochen ist. Auch die Technische Nothilfe von Halle, Bitterfeld und Dessau ist alarmiert. Verschiedene Gehöfte und Mühlen stehen bereits unter Wasser. In Anhalt wurden heute früh Abteilungen der staatlichen Ordnungspolizei an mehreren Stellen eingesetzt, da die Stadt Jeßnitz und einige Dörfer stark in Gefahr sind. Seit den frühen Morgenstunden heulen die Sirenen und läuten die Sturmglocken. Für die Berechnung der Flutwelle reichen die Tabellen der anhaltischen Wasserbauverwaltung nicht aus, da das Hochwasser höher steigt als in den Hochwasserjahren 1897 und 1909. Auf der Kreisstraße Dessau-Roßlau steht das Wasser in einer Breite von etwa 5 Kilometer. Die Hochwasserwelle der Mulde nähert sich jetzt dem sogenannten Wörlitzzer Winkel, der Einmündung der Mulde in die Elbe unterhalb von Dessau. Die Gefahr wird dadurch erhöht, daß die Flutwelle sich hier mit der Hochwasserwelle der Elbe trifft.

### Das Elbe-Hochwasser erreicht Dresden

Dresden, 6. Januar.

Das erwartete Hochwasser der Elbe hat nunmehr Dresden erreicht. Seit dem Sonntag ist das Wasser um mehr als 2,50 Meter gestiegen. Voraussichtlich wird in den nächsten 24 Stunden das Wasser wenigstens noch um weitere etwa 75 Zentimeter ansteigen.

### Rückgang im Kehler Gebiet

Kehl, 6. Januar.

Im Ueberschwemmungsgebiet geht das Hochwasser ständig zurück. Der Dammbruch ist vollständig abgedichtet. Auch die Bruchstelle am Eisenbahndamm bei Neumühl konnte geschlossen werden, so daß Mittwoch früh um 6 Uhr der normale Verkehr wieder einsetzte. Nur der Betrieb der Lokalbahn Kehl-Bühl bleibt auf weitere drei Tage gesperrt, da der Damm im Hochwassergebiet mehrere Unterspülungen aufweist.

### Das Hochwasser in Böhmen

Das Hochwasser der Flüsse Böhmens steigt weiter. Besonders die Eger ist stark angeschwollen. Auf allen Flüssen herrscht Rückgang. Heute mittag hat das Eis Prag passiert. In Landskron stehen 150 Häuser unter Wasser. Die Feuerwehr mußte die Bevölkerung aus den teilweise bis zu Fensterhöhe überschwemmten Häusern mit Kähnen herausholen. In Herrnskretschon stürzte ein 50-jähriger Schiffssteuermann in den reißenden Kamnitzbach und ertrank.



schub leistet. Daß dies geschieht, wird auch von Hilferding klar erkannt. Er spricht selbst davon, daß die militärischen Formationen des Nationalsozialismus über den Rahmen einer Parteilinie hinausgewachsen sind und die Kadern für eine künftige faschistische Armee bilden. Er spricht weiter von den Vorbereitungen, die getroffen werden, um durch sofortige Veränderungen in der Bürokratie auch den zivilen Machtapparat fest in die Hand zu bekommen. Daß die Regierung gegen diese Bestrebungen, die auf ihren eigenen Sturz hinführen, keine Maßnahmen ergreift, wird von Hilferding gleichfalls zugestanden. Die Notwendigkeit der Erhaltung der Regierung trotz alledem wird damit begründet, daß „man noch einmal der Regierung Gelegenheit geben wollte, ihre Pflicht zum Schutze der Verfassung zu erfüllen“.

Das heißt mit anderen Worten: wir erkennen, daß die von uns unterstützte Regierung dem politischen Feind, auf dessen Niederwerfung unsere ganze Politik gerichtet ist, den Weg zur Machtergreifung öffnet — aber wir unterstützen die Regierung weiter, denn es könnte vielleicht doch einmal der Tag kommen, an dem sie sich eines besseren besinnt. Das ist die Konsequenz der Hilferding'schen Argumentation, die sich selbst in dem Augenblick als absurdum führt, in dem sie versucht, über das Schlagwort hinaus eine tiefere Begründung für die Taten bzw. Nichttaten der Sozialdemokratie zu geben.

Was also übrig bleibt, von der Theorie vom „kleineren Übel“? Nichts als ein trauriger Rest von Fatalismus. Die Regierung, die doch eine „republikanische“ Regierung ist, kann doch die Republikfeinde nicht ans Ruder lassen. (Hilferding schließt messerscharf: nicht sein kann, was nicht sein darf.) Ihre gegenwärtige Toleranz gegenüber den Faschisten kann also nichts anderes sein als eine momentane Verirrung, aus der wir, die Sozialdemokraten, ihr wieder heraushelfen müssen. Die Sozialdemokraten haben also die Rolle des Arztes vertauscht mit der eines Irrenwärters, der vor der Tür des lieben Irren getreulich Wache zu halten hat, damit er weder ausbricht noch von den noch Irrenen überfallen werde. Diese Rolle spielt die Partei getreulich, ohne aber tatsächlich die Kraft zu haben, diese Tür zuzuhalten. Daß bei diesem Versuch nicht nur die Arbeiterbewegung, sondern auch die von ihr geschützte Republikform in Stücke gehen muß, hat die SPD bis heute noch nicht begriffen.

So sehr dennoch in der Praxis diese Politik auf die Dauer auf eine Unterstützung der Faschisten hinausläuft, so falsch ist auf der anderen Seite die Theorie vom Sozialfaschismus. Das hat niemand besser bewiesen als Trotzki, auf den Hilferding sich zu Unrecht beruft.

„Man muß der Sozialdemokratie den Block gegen die Faschisten aufzwingen“, sagt Trotzki, und meint damit die sozialdemokratischen Arbeiter. Blockpolitik der Arbeiterschaft gegen den Faschismus — das ist die Parole, unter der die Sozialistische Arbeiterpartei die Massen zu sammeln bestrebt ist. Dieser Block kann nur dann zustandekommen, wenn die Arbeiterschaft sich von den beiden gleich falschen und gleich verhängnisvollen Lösungen, der von der Bekämpfung des Faschismus mit Hilfe der Tolerierung Brüning's und der von der Notwendigkeit der Zerschlagung der nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen als Vorbedingung des Sieges in gleichem Maße fernhält, wenn sie die Frontstellung bezieht, die, unter Ausnutzung der Spannungen im Lager des Gegners, den Feind nicht im eigenen Lager sucht, sondern das gleichgerichtete proletarische Klasseninteresse einsetzt zu dem einzigen Ziel: Niederrückung der faschistischen Gefahr vor der endgültigen Machtergreifung.

## Die Bergungsarbeiten auf der Karsten-Centrums-Grube

Beuthen, 6. Januar

Die Bergungsarbeiten auf der von der Katastrophe heimgesuchten Karsten-Centrums-Grube gehen mit Hochdruck weiter, etwa 30 Mann, die dauernd abgelöst werden, sind mit aller Kraft am Werk. Bis gestern abend konnte man aber erst um 5 Meter und bis heute vormittag um 11 bis 12 Meter vordringen, ein Zeichen dafür, wie schwer es ist, in den zusammengepreßten Schuttmassen und der zermalnten Zimmerung vorwärts zu kommen. Man hatte die Absicht, eine neue Strecke durch die Kohle vorzutreiben, hat den Gedanken aber wieder aufgegeben, da diese Arbeit zu lange dauern würde. Das schwerste Hindernis der Bergungsarbeiten ist das fallende Gestein. Solange das Gebirge unruhig bleibt, wird das Vordringen außerordentlich beeinträchtigt, und wenn der Steinfall weiter andauern sollte, so ist es nicht möglich, vor Beginn der nächsten Woche die Leichen der Verunglückten zu bergen.

In den heutigen Vormittagsstunden trat der Unfallschuss der Gruben-Sicherheitskommission auf der Grube zusammen.

Arbeiterbank. In der Nr. 17 der Sozialistischen Wochenzeitung, der SAP ist ein Artikel enthalten, der an der Geschäftsführung der Arbeiterbank eine ihr ungünstige Kritik übt. Die Redaktion und der Verlag der SWZ haben sich, wie sie uns mitteilen, davon überzeugt, daß diese Kritik unbegründet und die tatsächlichen Behauptungen, die ihr zugrunde liegen, unrichtig sind.

## Anfrage an Brüning

# Zum Hungertod verurteilt?

Braunschweiger Eisenbahnarbeiter fordern Einheit im Kampf

Der Betriebsrat im Reichsbahnausbesserungswerk Braunschweig hat an den Reichskanzler folgenden

Offenen Brief

richtet:

„Herr Reichskanzler!

Durch die 4. Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 8. 12. 1931 sollen die Löhne ab 1. Januar 1932 um 10 bzw. 15 Prozent gesenkt und somit auf den Stand vom 1. Januar 1927 gebracht werden. Wir wollen im Folgenden eine Gegenüberstellung der wöchentlichen Einkommen der Reichsbahnarbeiter von 1927 und 1932 bringen. Das Bruttoeinkommen eines verheirateten 24-jährigen Arbeiters mit einem Kinde betrug:

Lohngruppe	1	2	3	4	5	6	7
1927	43,20	39,96	37,80	35,48	31,86	31,32	29,70 RM
1932	42,76	30,72	28,56	26,46	24,78	24,36	23,10 RM

Mindererhebung gegenüber 1927: 10,44 9,24 9,24 7,02 7,08 6,96 6,60 RM

Nach Abzug der Steuern und Versicherungsbeiträge beträgt das Nettoeinkommen für eine dreiköpfige Familie in einer Woche (7 Tage) ab 1. Januar 1932:

Lohngruppe	1	2	3	4	5	6	7
	26,76	24,72	23,56	21,96	20,28	19,86	19,10 RM

Bei näherer Betrachtung dieser Einkünfte muß doch unwillkürlich die Frage auftauchen: Wovon leben die Familien und wie wird die Arbeitskraft des Versorgers erhalten?

Herr Reichskanzler!

Von diesem Gelde müssen die Mieten und Heizung bezahlt werden. Auch Kleidung braucht der Mensch. Ist Ihnen bekannt, daß die Eisenbahnarbeiter ihren schweren

Dienst zum großen Teil mit trockenem Brot verrichten müssen? Es ist sehr großen Teilen der Eisenbahnerarbeiterschaft nicht möglich, ihren Kindern die zum Leben notwendige Nahrung zu geben. Wenn diese Kinder infolge Unterernährung krank und siech werden und Heilstätten- bzw. Krankenhausbehandlung bedürfen, bekommen sie auch diese nicht, da die Notverordnung den Krankenkassen jede Leistung für diese Zwecke verbietet. Also sind auch

die Kinder zum Hungertode verurteilt.

Dieser Arbeiterschaft ist aber nicht unbekannt geblieben, daß heute noch Tantiemen und Dividenden an Aktionäre und Aufsichtsräte gezahlt werden, welche nichts mit Not zu tun haben. Ihr ist weiter nicht unbekannt geblieben, daß in dieser Zeit noch Direktorengehälter gezahlt werden, welche das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben. Die Eisenbahnerarbeiterschaft weiß auch, daß Reichsbahnbeamte einen Wochenlohn von 2000 RM nebst freier Wohnung haben. Diesem Wochenlohn von 2000 RM steht ein solcher von 17,— RM gegenüber. Und da spricht man von Schicksalsverbundenheit!

Herr Reichskanzler!

Als Personalvertretung halten wir es für unsere Pflicht, Ihnen in letzter Stunde von den Verhältnissen in Arbeiterkreisen Kenntnis zu geben und fordern unverzüglich Abhilfe.“

\*

Gleichzeitig richtet der Betriebsrat an den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands,

an den Allgemeinen Eisenbahnerverband, den ADGB, den Deutschen Gewerkschaftsring, an SPD, KPD, SAP und KPO die Aufforderung, ihn in dem Kampf für die in dem offenen Brief aufgestellten Forderungen zu unterstützen und fordert die genannten örtlichen Organisationen auf,

gemeinsam darüber zu beraten, welche Schritte zu unternehmen sind, um die Arbeiterschaft vor völliger Verelendung zu schützen.

Wir begrüßen den Schritt des Braunschweiger Betriebsrats, der in der Linie des von der SAP an alle Arbeiterorganisationen gerichteten Aufrufes liegt. Unsere Braunschweiger Genossen werden sofort alles Notwendige tun, um die geplante Aktion zur erfolgreichen Durchführung zu bringen.

Wir stellen mit großer Freude die wachsenden Bestrebungen auf Herstellung der Einheitsfront innerhalb der Arbeiterschaft fest. In Berlin, im Ruhrgebiet, in Schlesien, Hannover, Braunschweig und in vielen anderen Teilen des Reichs hat der Wille der Arbeitermassen, entgegen allen Bedenken und Hemmungen seitens der Bürokratie, dem Ausbeutertum eine einheitliche und starke Kampffront entgegenzustellen, bereits praktische Ergebnisse gezeitigt. Die SAP wird weiter alles dazu tun, um diesen Willen zu stärken und jede Gelegenheit zu ergreifen, um die Bewegung vorwärts zu treiben.

## Das ist kein Heldenstück, Herr Severing!

# Schlageter-Broschüre beschlagnahmt

Preußen führt die Anti-Pazifisten-Front

Berlin, 6. Januar.

Der Verlag „Das andere Deutschland“ teilt mit:

„Die in unserem Verlage herausgebrachte Broschüre „Wer war Schlageter?“ ist heute vom Berliner Polizeipräsidenten für den Bereich des Freistaates Preußen polizeilich beschlagnahmt und verboten worden, weil ihr Inhalt die „öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.“

\*

Also die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ gefährdet, wer die Wahrheit sagt. Das ist die Auslegung des Berliner Polizeipräsidenten, des Sozialdemokraten Grzesinski, das ist die Auslegung des preußischen Innenministers, des Sozialdemokraten Severing. Denn nichts anderes enthält die Schlageter-Broschüre, als dokumentarisch zu belegende historische Tatsachen. Aber freilich, die Broschüre macht einer nationalsozialistischen Legende den Garaus, sie kämpft gegen die chauvinistischen Hetzer, sie entlarvt den ganzen Schwindel und dient der Versöhnung der Völker. Von dieser Aufgabe steht unserer Erinnerung nach auch etwas in der Reichsverfassung. Aber das ist ja ein besonderes Kapitel...

Wo die „politische Ausschreitung“ ist, die das Verbot begründet, das ist das Geheimnis des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski und seines Vorgesetzten, des preußischen Innenministers Severing. Der Brief des Herrn Jarres mit der Aufforderung, dem Verfasser der Broschüre die Knochen zu zerschlagen, das freilich war kein Verstoß gegen die Notverordnung. Na ja...

Man kann erraten, wer dies Verbot durchgedrückt hat. Die „Berliner Börsenzeitung“, das Organ der Reichswehrgeneräle, kommentiert die Meldung dahin, daß dies Verbot viel zu spät erfolgt sei. Dieses Blatt war es, das zuerst eine solenne Hetze gegen die „ruchlosen Gesellen“ inszeniert hatte. Man weiß also, woher der Wind weht.

Preußen in Deutschland voran! So denken Severing und Grzesinski. Voran im Kampf gegen die „ruchlosen“ Pazifisten. Preußen war es, das zuerst das Panzerkreuzerflugblatt der Deutschen Friedensgesellschaft verboten hatte. Wieder gibt Preußen das Signal. Kein Zweifel, die anderen Länder werden aufatmend dem Beispiel folgen. Durch Funkgespräch hat der preußische Innenminister, wie wir erfahren, die hessische Polizei, die ihm nicht untersteht, veranlaßt, den Rest der Broschüre in einer Friedberger Druckerei zu beschlagnahmen. Und trotzdem ist die „Berliner Börsenzeitung“ nicht zufrieden.

Wenn wir alles begreifen, das eine begreifen wir nicht: daß die Militaristen und Nationalisten gegen diese „Marxisten“ Kampf führen. Gehorsamere Diener sollen sie sich erst einmal suchen! Man begreift jetzt auch, warum Groener auf sein Ausnahmegesetz gegen Friedensfreunde verzichten konnte!

## Doch noch Fleischsteuer in Preußen?

# Klepper besucht Brüning

Berlin, 6. Januar.

Der preußische Finanzminister Klepper besuchte heute den Reichskanzler Brüning, um seine Absichten zur Deckung des preußischen Haushaltsdefizits in Übereinstimmung mit den Plänen der Reichsregierung zu bringen. Seine Versuche, Zahlungen des Reichs an Preußen herbeizuführen, sind gescheitert. Der Rückgriff auf das alte Fleischsteuer-Projekt scheint damit unvermeidlich.

\*

Nach der Beendigung der Ferien von der Krise, die die Regierenden sich auf dem Not-Verordnungswege geleistet haben, weil sonst „öffentliche Ordnung und Sicherheit“ offenbar „erheblich gestört und gefährdet“ worden wären, beginnt man nunmehr mit den Bemühungen zur Abmilderung der Krise und ihrer Folgen (zum Beispiel mit der Abdeckung des Defizits im preußischen Staatshaushalt) an den Punkten, wo man am Tage des Ausbruchs des Weihnachtsfriedens die Arbeit abgebrochen hat.

Im Reich des preußischen Finanzministers Klepper wird dieser Punkt bezeichnet durch den Begriff „Schlachtsteuer“.

Man erinnert sich, daß Minister Klepper auf die Hereinnahme seines Schlachtsteuer-Projekts in die preußische Not-Verordnung

hatte verzichten müssen, nachdem durch unsere Veröffentlichung die interessierten Kreise auf Kleppers Pläne aufmerksam gemacht worden waren.

Besonders starken Widerstand fand Klepper auch beim Zentrum des Preußenlandtags, dessen agrarische Kreise sich unter gar keinen Umständen mit der Schlachtsteuer befreundeten wollten.

In der Zwischenzeit hat jedoch die preußische Staatsregierung dem Zentrum starke personelle Zugeständnisse gemacht und im preußischen Unterrichtsministerium ist, nachdem schon das Staatssekretariat vor ein paar Jahren in katholische Hände gelegt worden war, nunmehr auch die Umgestaltung der Stelle des die Volksschulabteilung leitenden Ministerialdirigenten mit einem Zentrums-mann in Aussicht genommen.

Vielleicht bestehen zwischen Kleppers neueren Erwägungen und dieser personalpolitischen Veränderung doch gewisse Zusammenhänge.

Berichtigung: Unter den Mitgliedern der Programmkommission ist der Name Kurt Liebknecht zu streichen.

## Die Zerlobten

Zentrum und Nazis vorübergehend verkracht

Die Beziehungen zwischen Zentrum und Nazis sind wiederum in ein neues Stadium eingetreten. Das Zentrum zieht sich, wohl im Hinblick auf die außenpolitischen Probleme, von den Hitlergardien zurück. Es hat die Forderungen der Nazis für eine Regierungsbildung in Hessen abgelehnt, und damit ist, wie Goebbels' „Angriff“ schreibt, die Entscheidung in Hessen „fürs erste jedenfalls“ gefallen. Diese vorsichtige Formulierung zeigt, daß die Nazis die schwarzen Pappenhäuser schon ganz gut erkannt haben. „Fürs erste“ einmal verzichtet das Zentrum, sicherlich inspiriert durch den Vatikan, auf die Ehe mit den Katastrophenpolitikern. Aber man darf daraus freilich nicht auf einen endgültigen Bruch des illegalen Verhältnisses schließen, wie das sicherlich promptest die SPD-Presse tun wird, um die Irrsinnspolitik der Sozialdemokratie zu rechtfertigen.

Amüsant ist, wie der „Angriff“ reagiert. Er weiß sehr wohl, daß der entschiedenste und kräftigste Gegner der Nazioten die Bayerische Volkspartei ist, die seinerzeit zwar die Hitlerbanden für ihre Zwecke benutzte, sie seitdem aber an die Wand gedrückt hat. Auch von dieser Seite her dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach auf Brüning ein Druck ausgeübt worden sein. Der „Angriff“ rächt sich, zumal die bayerische Regierung ihre Polizei zu schärferem Vorgehen gegen rednerische nationalsozialistische Exzesse in Versammlungen veranlaßt hat, indem er die Bayerische Volkspartei des Separatismus beschuldigt und Herrn Brüning zum Eingreifen auffordert. Daß das nur ein Schlag ins Wasser zur Stimmungsmache ist, weiß Goebbels natürlich selbst.

Aus diesem ganzen Spiel aber geht jedenfalls hervor, daß das Zentrum vorläufig noch die Lage beherrscht, daß hinter Brüning anscheinend noch der Reichspräsident und auch Groener stehen. Das Zentrum herrscht dank der Sozialdemokratie, deren großer Mann, der „kleine Metallarbeiter“, wie wir an anderer Stelle zeigen, den Bedürfnissen der Reichswehr vollkommen Rechnung trägt. So werden die Tolerierer vorläufig noch toleriert.

Daß das Zentrum, es sei zum Schluß wiederholt, unter veränderter Situation den sozialdemokratischen Helfershelfern jederzeit klassisch kommen kann — wir denken an den Fiesco von Schiller, nicht an den Götz von Berlichingen von Goethe — ist zu selbstverständlich und zu oft erlebt, als daß es besonders begründet werden müßte. Nazis und Zentrum lauern beide auf den geeigneten Moment; inzwischen sorgt Brüning dafür, daß der Weg zum Faschismus — so oder so — nicht versperrt, sondern verbreitert wird. Die Kosten trägt das deutsche Proletariat.

## Gewalt gegen Kommunisten

Köln, 6. Januar.

Der Regierungspräsident in Köln hat die Polizeibehörden angewiesen, Versammlungen der KPD und ihrer Unterorganisationen bis auf weiteres zu verbieten. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung in den letzten Tagen gestört worden sei.



**75 Millionen Mark in  
22 Minuten verdient!**

# Erraffter Reichtum

Wie amerikanische Vermögen entstanden • Von M. Hübner

III.

## Das Morgan-Vermögen

John Pierpont Morgan war nicht ganz „selfmademan“, sondern erbt rund zehn Millionen Dollar, und wie einer seiner Biographen so schön sagt, von seinen Eltern die Reinheit ihres Charakters und deren ungewöhnliche Fähigkeiten.

Was die Reinheit des Charakters betrifft, offenbarte sie sich schlagend in seinem ersten Geschäft. Im Jahr 1861 machte ein gewisser Simon Stevens der Regierung das Angebot, 5000 seit Jahren in New York lagernde unbrauchbare Karabiner zu kaufen. Gleichzeitig bot er die Gewehre General Fremont in St. Louis als neu an. Nach dessen Zuschlag übernahm er die Waffen für 3,50 Dollar das Stück, während er sie Fremont mit 22 Dollar berechnete. Damit war die groteske Tatsache wahr geworden, daß die Regierung ihre eigenen unbrauchbaren Flinten für etwa 17000 Dollar verkaufte, nachdem sie sich gleichzeitig zur Abnahme für über 100000 Dollar verpflichtet hatte. Die Regierung beanstandete jedoch den hohen Preis, und es kam zum Prozeß J. Pierpont Morgan gegen die Regierung der Staaten, denn Stevens war nur Morgans Strohmännchen gewesen. Selbstverständlich fand sich ein Richter, der diesen offenen Betrug legalisierte und die Regierung zur Zahlung verurteilte.

Es ist keine bedeutende Sache im Vergleich zu den späteren Millionengeschäften Morgans, aber bezeichnend ist es immerhin, daß gerade Morgan im Gegensatz zu vielen anderen Geldfürsten — wie Jay Gould, Russel Sage, John D. Rockefeller usw. — sich eines vorzüglichen Rufes erfreute und als Patriot galt. Trotzdem auch die weitere Laufbahn Morgans im Zeichen skrupelloser und ungesetzlicher Transaktionen stand, die teilweise von seiten der Geschädigten zu allerdings fruchtlosen Anklagen wegen Betruges führten.

Sein Eintritt in das Eisenbahngeschäft, das ihm gleich Vanderbilt eine ergiebige Millionenquelle wurde, ist nach Gustavus Myers der Erwerb der Albany- und Susquehanna-Eisenbahn. An 20 Prozesse focht die Morganpartei mit ihren Gegnern Gould und Fisk durch, und die Regierung beschuldigte in einem angestregten Prozeß beide Parteien des Betruges, bis die umstrittene Bahn in den Besitz der Morgan-Gruppe kam. Zahlreiche Reorganisationen auf diesem Gebiete, d. h. einträgliche Verschmelzungen warfen durchschnittlich ein bis drei Millionen ab und verstärkten Morgans Einfluß auf das Eisenbahnwesen ständig. Ganze Netze brachte er in seinen Besitz bzw. unter seine Kontrolle, bis er schließlich über 55 000 Meilen Eisenbahnen beherrschte.

Unglaublich erscheinende Verdienste zog Morgan aus der Organisation von Trusts in der Industrie. Seine Führerstellung brachte ihm anlässlich der Gründung der United States Steel Corporation, deren verwässertes Aktienkapital 1,5 Milliarden Dollar beträgt, allein an Gratifikationen für Gründerdienste rund 50 Millionen und weitere 40 Millionen Dollar an Kursgewinnen ein. Nicht minder groß waren die Beträge, die Morgan in Kohlenminen verdiente. Allein der von ihm gegründete Zuckertrust wirft dank der erreichten Monopolstellung nach der Schätzung führender Fachleute Morgan jährlich an 50 Millionen Dollar ab und brachte ihm seit seiner Gründung ein Kapital von ca. 600 Millionen ein.

In der gleichen Zeit aber, da eine einzige Persönlichkeit die gigantische Summe von Millionen durch asoziale Machinationen als persönliches Eigentum erraffte, lebten

in dem gleichen Lande 80 Prozent der schaffenden Arbeiter in unhygienischen Mietskasernen in Untermiete ohne ein Eigenheim und unter erbärmlichsten Verhältnissen . . .

Ein Kapitel für sich ist Morgans Wirken auf dem Gebiete des Bankwesens. Er gewann auch hier Einfluß auf eine Reihe erster Bankinstitute und konnte infolge des so beherrschten Kapitals Transaktionen durchführen, die weitere Millionen eintrugen. So war eine der vielen unbegrenzten Einnahmequellen die Begebung von Staatsobligationen. Ein Bankensyndikat unter Führung Morgans zwang das Unterschätzamt systematisch zur Einlösung von Banknoten in Gold, das sie dann in ihren Tresors aufspeicherten. Die Regierung, des Goldes entböhrt, mußte, um den gesetzmäßigen Goldbestand zu erlangen, das erpresserische Angebot des Bankensyndikats annehmen und Obligationen ausgeben. Welchen Wert eine solche Ausgabe für das Syndikat repräsentierte, beweist die Ausgabe von 1896, die in 22 Minuten verkauft wurde und dem Syndikat 18 bare Millionen Dollar einbrachte.

18 Millionen Dollar, das sind ca. 75 Millionen Mark!

Es ist kaum glaubhaft, aber 1030 Menschen

müssen bei einer monatlichen Durchschnittsentlohnung von 200 M. 30 Jahre lang meist schwere, lebensgefährliche Arbeit leisten; für eine vom Morgan-Syndikat in sage und schreibe 2 Minuten verdiente Summe!

Es ist unmöglich, alle die verwerflichen Börsenmanöver aufzuzählen, an denen Morgan und Genossen sich bereicherten. Erinnert sei nur an seine Erwerbung von Versicherungsgesellschaften, die er für 2,5 Millionen Dollar nach einem in Szene gesetzten Kurssturz an sich brachte und mit denen er die Kontrolle über Gesellschaften mit über 450 Millionen Aktiven erlangte. Daß der Patriot Morgan aber auch nicht davor zurückschreckte, seines Vaterlandes schwierigste Situationen für Eigenzwecke auszunützen, beweist sein Verhalten anlässlich der Panik im Jahre 1907. Dieser von der Standard Oil-Gruppe angezettelte Machtkampf unter Magnaten wurde von Morgan so lange passiv unterstützt, bis er und die interessierten Kreise um ihn infolge der künstlich erzeugten Geldversteifung für ihre Darlehen 20 Prozent und mehr Zinsen nehmen konnten. (Daß diesen Interessenkampf 5 Millionen Arbeiter mit Erwerbslosigkeit und bitterem Elend bezahlten, war eine neue Verdienstchance: denn die Löhne sanken . . .)

Zu Anfang des Jahrhunderts war Morgan unter den Machthabern der Erde zu einem der größten geworden. Nach den Angaben des United States Congressional Committee beherrschte und kontrollierte er die ungeheure und unfassbare Summe von über 20 Milliarden Dollar. In über 100 Gesellschaften war ungefähr ein Fünftel des tatsächlichen Vermögens und aller Naturhilfsquellen der Vereinigten Staaten von Amerika organisiert, die Morgans Diktat unterstanden. Sein Einkommen aus diesem Riesenbesitz zu schätzen ist nicht möglich. Und es bedeutet eine Machtballung in einer Hand von Ausmaßen, die ihm gestattet, Millionen von Menschen in die Fron zu spannen — zu seinem Nutzen!

\*

Astor, Vanderbilt, Morgan! Es sind nur drei Vertreter einer kleinen Hierarchie von Menschen die heute in Wirklichkeit die Welt regieren. Ihr Weg zu Besitz und Macht entbehrt aller Qualitäten, und er ist typisch für alle, die gleich ihnen die herrschende Klasse repräsentieren. Die Methoden mögen im einzelnen variieren, das Mittel zu ihrer Besitzanhäufung aber bleibt sich immer gleich. Es heißt: Verelendung und Versklavung der arbeitenden Menschheit!

## Künstler hungern — wer hilft?

Der „Bund revolutionärer bildender Künstler“ hatte die nicht inkorporierten Berliner bildenden Künstler — das sind diejenigen, die keinem Ausstellerverbande angeschlossen sind — zu einer Aussprache nach dem Nationalhof, Bülowstraße, geladen. Der Referent Max Keilson, der auch das Referat des erkrankten K. A. Wittfogel mit übernahm, führte aus: Es wird viel von der Not der schaffenden Künstler gesprochen, man nimmt allseitig mit Bedauern davon Kenntnis, es gibt Unternehmungen aller Art, wie die Künstlerhilfe — aber Hilfe können sie nicht bringen. In einem Bericht im „Berliner Tageblatt“, „Geistesarbeiter in der Krise“, wird davon gesprochen, daß nur 5300 Geistesarbeiter in den Arbeitsämtern statistisch erfasst seien, daß es aber andererseits eine Tatsache sei, daß

weit über hunderttausend Geistesarbeiter der Erwerbslosigkeit verfallen sind!

Ueber die Ursachen der Not der Künstler herrscht bei diesen eine bedauernswerte Unkenntnis. Die Tatsache, daß der Kapitalistenkreis, der noch aufnahmefähig für Kunstprodukte ist, immer kleiner wird, kann am besten dadurch demonstriert werden, daß auch „prominente“ Künstler auf öffentliche Mittel heute angewiesen sind. Demgegenüber wirken Gedanken wie die Herausbildung eines Kunstmützenatentums — jeder Kapitalist seinen Hauskünstler — heute auch vom wirtschaftlichen Standpunkt nur noch komisch. Der preußische Staat hatte in seinem Etat ganze 340 000 Mark für die Künstler eingesetzt, aber auch diese lächerliche Summe ist noch auf 50 Prozent gekürzt worden. Dagegen wird aber für die Instandhaltung von Schlössern und Theatern die stattliche Summe von 17 Millionen Mark aufgewandt. Die Stadt Berlin hat ihren Unterstützungsetat für Kunst von 200 000 auf 30 000 Mark herabgesetzt, aber die verkrachten Banken werden mit über einer Milliarde Mark saniert.

Der Reichsverband bildender Künstler hat demgegenüber die Interessen der Künstler nicht aktiv genug vertreten. Helfen kann den Künstlern nur,

wenn sie ihre Interessen mit denen der anderen Unterdrückten verbinden, wenn sie gemeinsam mit der Arbeiterklasse für eine Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen.

Dann erhält für sie das Leben einen neuen schöpferischen Sinn.

Als zweiter Redner trat unser SAP-Gen. Peter A. Neumann auf, der über die Verhandlungen mit dem „Reichsverband bildender Künstler“ berichtete und die illoyale Haltung des Gauvorstandes den Nichtinkorporierten gegenüber einer scharfen Kritik unterzog. Diese bleiben nach dem Willen des Reichsverbandes von der Markthalle der Kunst ausgeschlossen. Auch er schließt mit einem Appell zur Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsform. In der Diskussion

ernte ein Nationalsozialist, der für einen nationalsozialistischen Künstlerbund eintrat, Heiterkeitssalven. Im übrigen kam der Gärungsprozeß unter den Künstlern sehr deutlich zum Ausdruck, und die überwältigende Mehrheit der Versammlung schloß sich den Referenten an. W. E.

## Bilder gegen Lebensmittel Auch in Paris

Paris, 6. Januar.

Die Pariser Maler und Bildhauer — man schätzt ihre Zahl auf 50- bis 60 000 — führen wie überall bei der zunehmenden Wirtschaftsdepression auch hier einen erbitterten Kampf um ihr Dasein. Deshalb hat sich eine Gruppe von Künstlern zusammengeschlossen, um ihre Bilder und Plastiken gegen Lebensmittel und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs einzutauschen. Auch Bücher und Möbel sind begehrte Tauschobjekte.

## Die Tat einer Mutter

Wittenberge, 6. Januar

Die hier mit ihren zwei Kindern, einem neunjährigen Sohn und einer achtjährigen Tochter, bei den Eltern zu Besuch weilende Frau Weiskau aus Altona öffnete die Gashähne ihres Zimmers, um sich und die Kinder zu töten. Die beiden Kinder sind gestorben, das Befinden der Mutter läßt auch ihren Tod befürchten. Der Vorfal soll auf eheliche Zerwürfnisse zurückzuführen sein.

## Ein holländisches Flugboot

Zweimal so groß wie die „Do X“

Tu. Amsterdam, 6. Januar

Wie die Blätter berichten, ist man auf der Flugzeugfabrik Koolhoven in Rotterdam augenblicklich mit der Ausarbeitung der Pläne für

den Bau eines Flugbootes beschäftigt, das zweimal so groß werden soll wie das deutsche Flugboot „Do X“. Das neue Flugboot soll mit zehn Motoren von je 1000 PS ausgerüstet werden, die zusammen drei Schrauben treiben sollen. Die Geschwindigkeit soll auf 210 Kilometer in der Stunde gebracht werden. Das Ladevermögen soll 42 Tonnen betragen bei einem Totalgewicht von 100 000 Kilogramm. Wegen der enormen Ausmaße soll das Flugboot auf einer Schiffswerft gebaut werden. Das Flugboot soll besonders für Ueberseeflüge, so für Flüge nach Indien, verwandt werden.

Noch einer. Der Dekan des Kommunistischen Instituts, Beresin, wurde wegen eines geheimen Briefwechsels mit Trotzki fristlos entlassen. Er soll nach amtlichen Angaben die stalinfeindliche Propaganda in Moskau geleitet haben.



DIE EINZIG RICHTIGE

JUNO

JOSETTI

6 STÜCK 20 ⚭

➤ IHRER GÜTE WEGEN BERLINS MEISTGERAUCHTE CIGARETTE 9/10 ⚭ <





# Feuilleton der SAZ

## Ernst Friedrich hat versagt

Das Berliner Antikriegsmuseum und sein Erfolg

Als das schmale Haus in der Parochialstraße das Gesicht annahm, das es heute trägt, da war es eine Sensation für Berlin. Nun ist Berlin an Museen gewiß nicht arm und schon gar nicht an Denkmälern des Mars.

Wir haben vom Nationalmuseum bis zum Zeughaus genug Gelegenheit, marschierende Heereskolonnen zu bewundern, und auf den öffentlichen Plätzen liegen viele tausend Tonnen Bronze verschüttet, und jeder dieser Plätze sieht aus, als ob eine kleine Hohenzollern-dynastie ihre Räuberrequisiten da deponiert habe, als es Zeit für sie wurde, sich legal zu geben.

Wir haben auch weniger aufdringliche Denkmäler: da sind die winzigen weißen Flecke an der Front des Marstalles — da haben die Maschinengewehrkarren Lücken in den Putz geschlagen, damals, als die Konten-revolution — die legale unter der Maske von Ruhe und Ordnung — die Matrosen und Soldaten zusammenschob, die den Marstall als letztes Bollwerk des Aufstandes hielten. Man hat da „renoviert“ und die Löcher sauber zugestrichelt, aber die Flecken sind geblieben, und die Erinnerung auch, und die wird wohl auch noch lange bleiben, vielleicht, bis man noch einmal um den Marstall kämpfen wird.

Ja, und dann haben wir das Wehrministerium und die Reichswehr, die ab und zu Propaganda reitet.

### Ein Anfang antimilitaristischer Propaganda

Als dann Ernst Friedrich kam, und als das Haus Nummer 29 unter seinem zusammen-gesunkenen Dach eine neue Fassade bekam, zwei Fäuste, die ein Gewehr zerbrechen, über der Tür und eine schöne Tafel aus Metall daneben, dazu groß und rot die Inschrift „Anti-kriegsmuseum“, da war das ein Stückchen Revolution. Der Propaganda der Pro-militaristen stellte sich ein schmales Fenster entgegen mit Bildern zerrissener Menschen, und wenn die Kriegsmuseen die sinnreichen Mordinstrumente paradiere ließen, da zeigte dieses kleine Fenster die Wirkung dieser Instrumente, und wenn die Militaristen auf das „Vorher“ wiesen und alle Fahnen wehen ließen, dann zeigte Ernst Friedrich auf das „Nachher“ im Massengrab, und trotzdem die Parochialstraße nicht so populär ist wie die Linden — die Menschen haben doch hin-gefunden.

Soweit war es gut.

### Bilanz der Wirkung

Es sind aber seitdem einige Jahre ver-gangen, und wenn man heute vorbeigeht an dem Schaufenster der „Freunde des 1. Anti-kriegsmuseums“ und die Metalltafel neben dem Schaufenster liest, dann muß man einmal Bilanz ziehen.

Da hängen nun noch immer viele Aus-schnitte aus illustrierten Zeitungen und be-richten über den Krieg von 1914/18, da liegen Patronen und Granatsplitter und verkitselte Geschoßnachbildungen als Briefbeschwerer und Kaiser Wilhelm als idealisierte Helden-gestalt. Und daneben als neuer Produktions-zweig vielleicht Leibriemen und Koppel-schlösser mit zerbrechenden Gewehren, darauf als tätige Propaganda für eine negative Parole: Nie wieder Krieg.

Das sagen alle die Dinge da, die zahllosen

Bilder von Verstümmelten und Getöteten, die Instrumente, die sie töteten, und die Dinge, mit denen die Menschen zum Töten erzogen werden, und damit macht dieses Museum Propaganda gegen den Krieg — indem es die Schrecknisse des letzten Krieges publiziert und warnende Finger erhebt, und seinen Leit-gedanken kann man auf der Metalltafel neben dem Fenster lesen:

„Wenn der Mord sich wie die Pest aus-breiten und Millionen Menschenleben vernichten kann, warum soll sich nicht auch die Liebe, angeregt durch das eigene gute Bei-spiel, ebenso ausbreiten und alle Menschen glücklich machen?“

Wer heute Bilanz zieht und kein Fanatiker ist, der muß sagen, daß hier, wenn dieses Museum mehr sein wollte als nur eine inter-essante und gruselige Sammlung, wenn dieses Museum wirklich einen konkreten Kampf gegen den Krieg führen wollte — daß also hier sein Zweck nicht erreicht worden ist.

Und er wird auch weiter sehen, warum.

### Die Voraussetzungen sind falsch

Natürlich erscheint der pazifistische Ge-danke, man brauche nur den Krieg in seiner ganzen grausamen Gestalt zu zeigen und an die menschlichen Empfindungen und an das Herz zu appellieren, um vor Wiederholungen sicher zu sein, ganz bestechend. Aber wir haben ja nun einige Jahre Zeit gehabt, die Wirkung dieser negativen Propaganda zu ver-folgen. Und wir stellen ganz unvoreingenom-men fest, daß Ernst Friedrich allein geblieben ist, aber die Wehrverbände haben zugenommen und die Gleichgültigkeit der breitesten Schich-

ten auch. Die sind heute schon wieder so weit, daß man sie unbesorgt irgendwohin komman-dieren kann, man kann sagen, daß die Gegen-seite die letzten Jahre besser genützt hat als die Pazifisten.

„Kriege sind notwendig, Leben ist nicht not-wendig.“ variiert der Imperialismus seine Klassiker, er bildet eine nationale Jugend aus für das nächste Mal, er dressiert seine Presse und baut seine Panzerkreuzer und schafft alle Voraussetzungen, um dem Proletarier, der die Ergänzung dieser Kriegsmaschinerie zu bilden hat, die überzeugende Hoffnung einzuprägen: angesichts dieser Zurüstungen sind es ja zum Glück wenigstens die anderen, die das Spiel verlieren werden. Das Ideal von der völker-befreienden Menschlichkeit verschwindet wie-der im Hintergrund, und dann ist nur noch ein ganz perfide: egoistischer Fatalismus da: wenn es schon nicht zu vermeiden geht, daß Kriege kommen, dann soll es wenigstens nicht heißen „gilt sie mir oder gilt sie dir“, sondern sie hat mit möglichst hochprozentiger Sicher-heit immer dem anderen zu gelten.

Damit stehen wir in der Gegenwart, und das sind die Auspizien für das nächste Mal...

### Politik contra Ethik

Deshalb läuft dieses ganze Museum im Nebel herum.

Seine Propaganda gegen den Krieg ist so-lange eine Fiktion, solange sie nicht mit an-deren positiven Parolen geführt wird.

Ernst Friedrich mobilisiert nichts und nie-mand gegen den Krieg.

Er fragt verschämt, warum denn die Liebe sich nicht ebenso ausbreiten könne wie der

## Operettenkomponist Lehár als Streikbrecher

In Wien brach bekanntlich dieser Tage ein Theaterstreik aus. An vier Bühnen wurde trotzdem mit Hilfe von Ersatzkräften weiter-gespielt; alles wickelte sich programmäßig ab. Während die Girls sich als Platzanweiserinnen zur Verfügung stellten, beteiligten sich die leitenden Funktionäre beispielsweise im „Theater an der Wien“ selbst am Bühnen-umbau. Franz Lehár betätigte sich bei die-ser Gelegenheit als „Kulissenschieber“.

K. K.

## Kleines Feuilleton

### Eine Lulu-Oper

Der Stoff der Wedekindschen „Lulu“-Tra-gödie hat immer wieder Autoren angeregt. Wie wir jetzt erfahren, arbeitet Alban Berg zur Zeit an einer Oper, der er das Textbuch der Lulu-Tragödie zugrunde gelegt hat. Man darf gespannt sein, wie die Verwertung des Stoffes für die Opernbühne gelingen wird.

\*

### René Clair in Berlin

Der bekannte französische Filmregisseur René Clair, dessen Filmwerke „Sous les toits de Paris“ und „Le Million“ in Deutsch-land viel Beifall gefunden haben, ist dieser Tage in Berlin eingetroffen, um sich an den Vorbereitungen der Berliner Erstaufführung seines neuesten Filmwerkes „A nous la Li-

berte“ („Es lebe die Freiheit“), die noch im Januar stattfindet, zu beteiligen. Der fran-zösische Text wird durch einige wenige deut-sche Titel ergänzt werden. Man hat mit dieser Methode besonders bei dem Film „Unter den Dächern von Paris“ recht gute Erfahrungen gemacht.

\*

### Briefmarkenkönige

Der größte Briefmarkenhändler Englands ist ein Mr. Harmer in London. Er soll jähr-lich für eine Million Pfund Sterling Frei-marken verkaufen. Einzelne Marken, wie z. B. die von englisch Guyana, sind jede 8- bis 10 000 Pfund Sterling wert. Eine solche ver-kaufte er im vergangenen Jahr an den größten Briefmarkensammler der Welt, der in Amerika wohnt, Mr. Arthur Hind. Der Wert der Sam-mlung dieses Mannes wird auf etwa zwei Millio-nen Pfund Sterling taxiert.

\*

### Himmelbläue und Sonnenkraft

Im Verlauf von Versuchen, die der ameri-kanische Physiker Dr. W. M. Cohn unlängst ausgeführt hat, ergab sich, daß, wenn Elek-tronen und Ionen aufeinander treffen, ein blaues Licht, ganz ähnlich der Bläue des Himmels, entsteht. Der Forscher ist nun der Meinung, daß auch das Blau des Himmels da-durch zustande kommt, daß die Elektronen, die von der Sonne ausgehen, sobald sie in die Erdatmosphäre gelangen, mit den Ionen, den elektrisch geladenen Teilchen, zusamen-treffen, die in gewissen, in der Luft enthalte-nen Gasen vorkommen.

Mord. Das könnte er vis-a-vis erfahren, in den städtischen Aemtern Berlins, dort weiß man auch einiges über Staat und Staatsinteresse und wie man Reklame für das Nationalemp-finden macht.

Und außerdem ist seine Frage nicht ori-ginell. Eine Weltumwälzung aus lauter ethi-schen Gründen ist schon vor zweitausend Jahren in Palästina propagiert worden, damals spielte man auch die Menschenliebe gegen die Politik aus, aber als die Organisation der Menschenliebe, genannt „Christentum“, sich durchgesetzt hatte und Paläste baute, gegen die Ernst Friedrichs Museum eine Hundehütte ist, da hatte sie sich mit der Politik durchaus geeinigt, und man teilte sich den Raub ge-meinsam.

### Positiver Antimilitarismus

Also muß man das anders machen.

Wenn man den Krieg bekämpfen will, kann man nicht nur zeigen, welche Opfer er beim letzten Mal gekostet hat. Nach einer bestimm-ten Zeit wird die schönste und gruseligste Sammlung wertloser Kitsch.

Wenn man den Krieg bekämpfen will, muß man vor allem sagen, wie. Zeigt man nur, was er früher gekostet hat, dann sind die Men-schen im Moment bestürzt, und dann gehen sie aber trotzdem zum Mittagessen. Sagt man ihnen noch „seid brav und tut es nicht wie-der“, dann fassen sie im besten Falle gute Vorsätze und lassen sich beim nächsten Mal trotzdem in den Graben kommandieren.

Zeigt man ihnen dagegen neben den Trüm-mern von damals gleichzeitig die militaristi-schen Tendenzen von heute, die Brennpunkte der Politik und den Weg ihrer Isolierung und Vernichtung — dann muß eine Massenmobil-isation gegen den Krieg möglich sein, wenn das ganze Menschengeschlecht nicht völlig ver-trottelt ist.

Und das hat aber bis heute dem Haus der Parochialstraße gefehlt.

\*

Aber vielleicht kommen wir noch einmal soweit. Soweit das irgend jemand erkennt — und der braucht gar nicht Ernst Friedrich zu heißen —, daß der verwaschene Appell an die Friedensliebe allein noch gar nichts tut, daß aber ein Millionenheer bereit ist, gegen den Krieg aufzustehen, wenn man ihm sagt, was gegen den Krieg zu tun ist.

Vielleicht kommen wir noch einmal soweit, daß irgend jemand an Hand des wirklich guten antimilitaristischen Materials, das da ge-häuft liegt, sagt — so, das ist der Krieg, wenn er ausbricht. Und nun wollen wir mal daneben zeigen alle die wirtschaftlichen und geopoliti-schen Kräfte, die auf dem Erdball wirken, die imperialistischen Tendenzen, die die Keime des neuen Krieges legen, und wollen zeigen, wer Interesse hat an diesen Auseinandersetzungen. Und dann wird dieses Museum freilich keine pazifistische, sondern eine höchst politische Angelegenheit sein, und es wird seine Wir-kung tun. Und dann wollen wir noch einen Schritt weiter gehen und wollen zeigen, was das Proletariat, das an diesen Auseinander-setzungen sicher gar nicht interessiert ist, wirklich praktisch tun kann gegen den Krieg — wie es nicht sich auf gute Worte verlassen kann, sondern wie der politische General-streik, der revolutionäre Widerstand der Ar-beiterschaft, die einzige wirksame Waffe ge-gen neue Kriege ist. —

Das fehlt dem Haus in der Parochialstraße. Und das wird wahrscheinlich auch immer feh-len, solange der Pazifismus in Liebe macht, statt in Widerstand.

Roland Beutner.

Maria Leitner



Copyright by Neuen Deutscher Verlag, Berlin W 8

14. Fortsetzung

„Ich dachte, Mutter, du freust dich, wenn du mich siehst.“

„Shirley ist in Eile; mit vielen Zetteln in der Hand verschwindet sie.“

Celestina bittet Ingrid:

„Jetzt paß gut auf, wohin sie geht, wir werden schon ihr Geheimnis herausfinden.“

Doch Shirley ist vorsichtig, sie klopft erst an verschiedenen Türen, die sie nicht ver-raten können. Erst als sie aus Celestinas Schweite ist, beginnt sie auch die Zettel, die sie vom Boden des Konferenzsaales auflesen hat, zu studieren, aber sie sind zerrissen, nur halbe Sätze, einzelne Wortketten buchstabiert Shirley:

„Die Kolonien Groß-Britanniens bedeuten heute einen schlimmeren Krankheitsherd als seinerzeit die Nationalitäten der Doppel-monarchie.“

„Eine Revolte in den Kolonien darf auch die Vereinigten Staaten nicht ungerüstet finden.“

„Japan und Groß-Britannien.“

„Eine Zollsperrung des britischen Im-periums Gefahr für den Handel der Ver-einigten Staaten.“

„Englischer Gummwucher und die R-gie-rung.“

„Die Gefahren des Freundschaftsvertrages zwischen...“

„Englische Intrigen, die die Erschöpfung amerikanischer Oelfelder bezwecken.“

Shirley starrt die Sätze verständnislos an und begreift keine Silbe; aber eine Bedeutung wird das alles sicher haben. Aber „Er“ wird sie verstehen, ihm werden sie sicher nützlich sein, er wird sehen, daß Shirley ihm helfen kann, daß sie nicht dumm ist und das, was er ihr aufgetragen hat, auch wirklich tut. Shirley weiß jetzt schon, wie man gewisse Zimmer beobachtet. Ja, sie kann so manches von ihm lernen, er ist klug, viel klüger als die anderen; kein Wunder, daß er reich sein wird, und es ist gut, daß sie ihm ein wenig helfen kann. Sie nimmt ein Paket aus ihrem Korb. Bevor sie aber an der Tür ihres Freun-des klopft, sieht sie sich vorsichtig um. Pochen. Doch das Zimmer bleibt stumm, niemand antwortet.

6.

Herr Fish hat sich auf der Veranda, die die Halle des Hotels umsäumt, in einem Sessel

niedergelassen. Er sitzt der großen Uhr ge-genüber; das ist bequem, er braucht nicht immer nach seinem Handgelenk zu blicken. Herr Fish hat Zeit, aber manchmal ist die Zeit, die man noch hat, geeignet, auch einen kaltblütigen Menschen nervös zu machen. Wenn man nämlich vor Entscheidungen steht, vor wichtigsten Entscheidungen, wie das gerade bei Herrn Fish der Fall ist.

Noch eine halbe Stunde, und er hat die Möglichkeit, seine Angelegenheit bestens zu ordnen. Herr Fish zweifelt nicht an dem Er-folg. Er wird den Schlüssel zu allen Herrlich-keiten der Welt in die Hand bekommen: Geld. Er hat eine gute Waffe in der Faust, besser gesagt in der Brusttasche, Herr Fish befühlt zärtlich ein Päckchen über seiner Brust, ein Päckchen, das ihm Macht gibt.

Manchmal scheinen die Zeiger der Uhr wie verhext, sie bleiben unbeweglich, die Zeit will nicht weiterrücken.

Dabei hat Herr Fish einen Aussichtsposten, der geeignet ist, die Wartezeit kurzweilig zu gestalten.

Er hat einen guten Ueberblick. In der Marmorhalle, die sich vor ihm ausbreitet, mün-den Zugänge vom Bahnhof und von der Unter-grundbahn, aus Straßen und Plätzen. Ohne Unterlaß flutet eine Menschenmenge durch die Säulenhallen, Koffer werden hinaus- und her-ingetragen, Pagen wiederholen hartnäckig Namen, Telegraphenboten durchheilen schreiend die Gänge, Pakete werden von Boten gebracht, Auskünfte an Schaltern erteilt.

Gensu wie Herr Fish, so sitzen auf der Balustrade, versunken in ihre Sessel, gut gekleidete Damen und Herren und blicken in die Halle hinunter, als wären sie im Theater und

saßen in ihrer Loge. Nur sind sie hier nicht nur Publikum, sondern auch Akteure. Ihre Beschaulichkeit dauert immer nur eine kurze Weile. Sie warten — genau wie Herr Fish — auf eine bestimmte Minute, auf das Erscheinen eines Partners, auf ein Stichwort, um aktiv auf der Bühne zu erscheinen und ihre Rolle herzusagen.

Herr Fish ist noch Zuschauer; er versucht, so viel er kann, von dem Gehabe der schein-bar Müßigen aufzufangen.

Sie spielen Variationen zu dem einen Thema: Geld. So scheint es jedenfalls Herrn Fish, der aus allen, von mehr oder weniger gewichtigen Männern gebildeten Gruppen gleiche Worte heraushört, wie: „Zahlungsbedingungen“, „Lieferungszeit“, „Produktionskosten“, „Sparmaßnahmen“, „Kaufkraft“, „Im-port, Export“, „Zoll“, „Neues Trustgesetz“, „Senat“, „Politik“, „Ruhe und Ordnung“, „Be-stellung“. Alles untermischt mit Zahlen. Freilich sind auch Politik und Gesetze nichts weiter als Geldangelegenheiten, denkt Herr Fish und blickt mit gespanntem Interesse auf alle diese überhitzten oder übermüdeten Männergesichter, die so wenig Ähnlichkeit haben mit dem „Typus des Amerikaners“, der in Hollywood hergestellt wird.

Die Frauen sehen den von ihnen plagi-ierten Idealgestalten ähnlicher. Aber wieviel Arbeit und Mühe kostet sie diese Ähnlich-keit! Geld haben, Geld, dann fallen sie einem mit Leichtigkeit zu, diese in Pelze gehüllten, mit Juwelen geschmückten, sorgsam gepfleg-ten und gehegten überirdisch wirkenden Feen. Man kann sie natürlich auch ohne Geld bekommen, aber dann kosten sie viel zu viel Zeit, Mühe und Arbeit. Geld haben — Geld!!

(Fortsetzung folgt.)



## Ahlen

Knappschaffliches. Die Auszahlung der Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten findet im Jahre 1932 in der Wirtschaft Brüggemann (Kolonie) wie folgt statt: Zahlstelle Ahlen 1 (Aelteste Schneider-Schräder): 9. Januar, 6. Februar, 7. März, 7. April, 9. Mai, 7. Juni, 7. Juli, 6. August, 7. September, 7. Oktober, 8. November, 7. Dezember. — Zahlstelle Ahlen 2 (Aeltesten Leenen—Linnemanntons): 8. Januar, 5. Februar, 5. März, 6. April, 7. Mai, 6. Juni, 6. Juli, 5. August, 6. September, 6. Oktober, 7. November, 6. Dezember. Die Auszahlung beginnt 14.30 Uhr für die Witwen und Waisen und 15 Uhr für die Invaliden.

Auch ein „Erfolg“! Die Auszahlung der Unterstützung für die Wohlfahrtsverwundeten wird am Freitag jeder Woche im Kettelerhaus vorgenommen. Zwecks Kontrolle mußten die Wohlfahrtsverwundeten in der Zeit von 15 bis 17 Uhr zum Arbeitsamt. Nunmehr findet die Kontrolle durch das Arbeitsamt ab 8. Januar, ebenfalls im Kettelerhaus in der gleichen Reihenfolge, in der die Zahlung erfolgt, statt. — Die SPD- und Zentrumspresse kann sich ob des „Erfolgs“ zugunsten der Aermsten nicht genug tun, wogegen es in ihrem Blätterwald, als den Erwerbslosen in brutalster Weise das Hungereinkommen gekürzt wurde, merklich still war. Bedauerlicherweise wissen die Erwerbslosen diese „großen Erfolge“ nicht genügend zu würdigen.

## Solingen

Bauverein und Mietsenkung. Zu einer Besprechung der Finanzlage traten die Organe des Bau- und Sparvereins zusammen. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Tatsache, daß der Verein Hypothekengelder unter dem in der Notverordnung festgesetzten Betrag von 6 Prozent aufgenommen habe, sich jetzt ungünstig auswirke, weil keine Zinsverbilligung eingetreten sei. Von den 16,5 Millionen Mark seien 12 Millionen unter 6 Prozent aufgenommen worden, so daß nur eine Zinsverbilligung bei dem übrigen Geld eintrete. Die hierdurch ersparten 40 000 Mark könnten zur Mietpreissenkung verwandt werden. Bei einem Mietlohn von 1,3 Millionen Mark würde die Verbilligung 3 Prozent betragen. Es wurde hervorgehoben, daß ein Teil der Mieter niemals mehr als die Friedensmiete bezahlt hätte. Dem Vorschlag, die 40 000 Mark den erwerbslosen Mietern zur Verbilligung der Mieten zukommen zu lassen, stehe die Notverordnung entgegen, weil Ersparnisse durch die Zinsen allen Mietern zugute kommen sollen. Man will jetzt dort Zuschüsse geben, wo die Mieten am höchsten sind. Ein fester Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt.

27 Monate für ein Paket Streichhölzer. Vor dem Schöffengericht standen sechs junge Menschen, die am 18. September aus Abenteurerlust am Nordbahnhof einen Eisenbahnwagen erbrachen und daraus ein Paket entwendeten. Sie glaubten, Lebens- oder Genussmittel erbeutet zu haben. Zu ihrer Überraschung enthielt das Paket aber nur Streichhölzer im Werte von 30 Mark. Die Beute wurde geteilt. Nachdem die Täter ermittelt waren, gaben sie den nicht verbrauchten Rest zurück und ersetzten der Reichsbahn den erlittenen Schaden. Die sechs Angeklagten waren geständig, und der Staatsanwalt billigte ihnen auch mildernde Umstände zu. Da aber „schwerer Diebstahl“ mit Siegelverletzung vorlag, waren die Mindeststrafen sehr hoch. Einer der Täter erhielt ein Jahr Gefängnis, die übrigen fünf Mittäter erhielten je drei Monate Gefängnis.

Der Schlichter hat entschieden. Am Montag fanden vor dem Schlichter in Dortmund die Verhandlungen über die Löhne für die Solinger Kollektivarbeiter und die Rasiermesser-Fabrikarbeiter statt. Von den Gewerkschaften wurde hervorgehoben, daß eine weitere Senkung der Löhne das Einkommen der Arbeiter auf den Stand von 1925 herabsetzt. Dagegen machten die Unternehmer geltend, daß eine Senkung erfolgen müsse, um dem Auslande gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben. — Klärer ausgedrückt heißt das: Die Verdienstspanne soll auf Kosten der Arbeiter, auch bei verminderter Produktion, auf ihrer bisherigen Höhe gehalten werden. — Der Schlichter machte sich, wie nicht anders zu erwarten war, die Ansicht der Unternehmer zu eigen und verfügte eine zehnprozentige Kürzung der Löhne (einschließlich der Akkord- und übertariflichen Löhne).

## Ratingen

Warum so ärgerlich? Unsere Notiz, daß die SAP-Fraktion durch den Uebertritt von zwei früher der KPD angehörenden Stadtverordneten und eines Hospitanten zur stärksten Fraktion geworden ist, und die SPD im Stadtrat überhaupt nicht mehr vertreten ist, scheint die SPD arg verschupft zu haben. In einer Erwiderung im SPD-Organ spuckt sie Gift und Galle über ihre vollständige Ausschaltung aus dem Stadtrat. Höhnisch meint das SPD-Blatt, daß „es kaum der Einheitsfront zwischen SAP und KPD dienlich sein dürfte, wenn man sich gegenseitig die Stadtverordneten abjagt“. Und: „Bei der nächsten Wahl wollen wir jedoch feststellen, ob die so zusammengewürfelte Fraktion auch die nötigen Wähler hinter sich hat.“ Die Ratinger Arbeiterschaft, an welche sich die SPD in dem Artikel mit der Mahnung wendet, ihre Reihen zu stärken, wird sich in ihrer überwältigenden Mehrheit für diese Zumutung bedanken. Die nächsten Wahlen werden beweisen, daß für die Partei des Tolerierens und kleineren Übels in Ratingen kein Boden mehr ist. Eins übersteht die SPD in ihrer blinigen Wut gegen uns: Die „so zusammengewürfelte Fraktion“ ist keine andere, als die vor der Spaltung. Die Uebergetretenen waren schon längere Zeit keine Mitglieder der KPD mehr. Wollten aber auch nicht — was verständlich war — zur SPD übertreten. Dasselbe Verhältnis bestand auch zwischen der früheren SPD- (jetzt SAP-) Fraktion und dem der Christlichen Arbeiter- und Bauernpartei angehörenden Stadtverord-

## Achtung! Bezirk Westfalen-Süd!

In Anbetracht der von Woche zu Woche zunehmenden Neugründungen von Ortsgruppen sieht sich der Bezirksvorstand Westfalen-Süd veranlaßt, den gesamten Bezirk in Unterbezirke einzuteilen. Im Auftrage des Bezirksvorstandes berufe ich demgemäß für Sonntag, den 10. Januar, vormittags 10 Uhr, nach Hagen-Westf., Konsumrestaurant (Altenhagener Str.) eine Unterbezirkskonferenz ein. An dieser Konferenz nehmen teil: Delegationen aller

Ortsgruppen, sowie die Vertrauensleute der Partei in den Orten, wo bisher eine offizielle Gründung der Ortsgruppe noch nicht vollzogen ist. Folgende Unterbezirke kommen für diese Konferenz in Frage: Unterbezirk Hagen-Schwelm und Ennepe-Ruhrkreis, Unterbezirk Siegerland, Unterbezirk Altens-Lüdenscheid, Unterbezirk Sauerland, Unterbezirk Siegerland.

I. A.: Fritz Linnepe, Lüdenscheid.

nen. Damals ließ man sich allerdings die „so zusammengewürfelte“ Fraktion sehr gern gefallen.

Die Notlage der Fürsorgearbeiter. Neben den ständigen städtischen Arbeitern beschäftigt die Stadt noch etwa 50 sogenannte Fürsorgearbeiter. Diese werden jedoch, wenn sie die Anwartschaft auf Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung wieder erlangt haben, wieder entlassen. Der Bezirksfürsorgeverband (Landkreis Düsseldorf-Mettmann) erstattet den Gemeinden 70 Prozent der für diese Arbeiter aufgewendeten Gelder. Wie es um die Lage dieser bedauernswerten Opfer einer „gottgewollten Ordnung“ bestellt ist, zeigte so recht eine am 29. Dezember abgehaltene Belegschaftsversammlung, welche fast vollzählig besetzt war. Von den zur Versammlung eingeladenen Stadtratsfraktionen hatten nur die Kommunisten und die SAP-Fraktion Vertreter entsandt. Hieraus mögen die Fürsorgearbeiter ersehen, daß die übrigen Fraktionen des Stadtrats für ihre traurige Lage kein Verständnis aufbringen und gar nicht ernstlich bereit sind, ihr trauriges Los zu verbessern. An „Lohn“ erhalten die Fürsorgearbeiter in vielen Fällen nicht einmal soviel, wie sie als Wohlfahrtsunterstützungsempfänger erhalten würden. Hinzu kommt noch, daß die den Wohlfahrtsverwundeten hier und da noch von der Gemeinde gewährten Vergünstigungen in Fortfall kommen. Denn nach Meinung der Stadtverwaltung stehen ja diese Leute in „vollem Verdienst“. Wie groß das Elend in den Familien mit dem „vollen Verdienst“ eines Fürsorgearbeiters ist, darüber macht sich eine wohlwollende Stadtverwaltung keine Gedanken. Die Vergünstigung, trotz der schweren Arbeit noch hungern zu dürfen, wird aber nicht allen schon jahrelang aus dem Produktionsprozeß Herausgerissenen zuteil. Nur solche werden in der Regel eingestellt, deren „Verdienst“ als Fürsorgearbeiter sich mit dem Unterstützungssatz so ungefähr die Waage hält. Auf diese Weise bekommt die Stadt, da sie den Betroffenen ja auch die Wohlfahrtsunterstützung auszahlen müßte, wenn sie nicht in „Fürsorge“ arbeiten ständen, die notwendigen Arbeiten fast umsonst ausgeführt. Solche Wohlfahrtsverwundeten, die sich, weil alleinstehend, mit 5, 6 oder auch im Höchstfalle 8,80 Mark wöchentlich „Unterstützung“ durchhungern müssen und denen die Beschäftigung als Fürsorgearbeiter mit 21—22 Mark Wochenverdienst eine immerhin fühlbare Erleichterung ihres elenden Daseins bringen würde, werden nicht eingestellt. Wird dieses mit der Finanzlage „unvereinbar“ ist, da solche Arbeiter der Stadt ja „zusätzliche“ Unkosten bereiten würden. In der Belegschaftsversammlung wurde die reaktionäre Einstellung der Stadtverwaltung gegenüber den Fürsorgearbeitern einer scharfen, aber durchaus sachlichen Kritik unterzogen. Einstimmig wurden verschiedene Forderungen beschlossen, die der Stadtverwaltung unterbreitet werden sollen. Von den anwesenden Fraktionsvertretern wurde gefordert, daß, falls die Stadtverwaltung Verhandlungen mit den Vertretern der Fürsorgearbeiter ablehnt oder solche kein befriedigendes Ergebnis zeitigen, unverzüglich eine dringende Stadtverordnetenversammlung beantragt werden solle, mit den Forderungen der Fürsorgearbeiter als Tagesordnung. Die Versammelten ließen kei-

nen Zweifel darüber, daß sie sich für die Durchführung ihrer Forderungen voll und ganz einsetzen werden. Die anwesenden Vertreter der Stadtratsfraktion der SAP und der KPD sowie ein Mitglied des Kreisauausschusses erklärten, daß ihre Fraktionen mit aller Energie die durchaus berechtigten Forderungen der Fürsorgearbeiter vertreten würden.

Nach berühmten Mustern. Eine ganze Anzahl sogenannter „Prominenter“ der SPD produzierte sich in der Silbersternnummer des SPD-Organs mit einem Rückblick auf das verflossene und einen Ausblick auf das kommende Jahr. Das hat auch Kleinpeterchen, dem derzeitigen Generalisimus der zusammengeklitteten örtlichen SPD die Feder in die Hand gedrückt. Also wendet sich Peter nach berühmten Mustern in einem Silvesteraufruf an „sein Volk“, um in Ermangelung besserer Erkenntnis alle Schuld auf die „paar Gemein- großen“, welche die „Spaltung“ auf dem Gewissen haben, zu schieben. Peter, der noch vor nicht allzulanger Zeit erklärte: „Wenn diese Notverordnung auch noch von der Partei toleriert wird, dann mache ich auch nicht mehr mit!“ sieht vor lauter Bäumen den Wald nicht; deshalb wollen wir ihm die Anzapfung unserer Partei auch nicht weiter verüben. Etwas holprig gebärdet er sich aber doch bei seinen ersten journalistischen Gehversuchen. Er meint, die Ratinger Arbeiterschaft, die immer zu den „aktivsten Teilen gehörte“, habe sich leider von „ein paar Gemein- großen“ verleiten lassen. Gut gebrüllt, Freund Gemein- großer. Die Ratinger Arbeiterschaft, die immer zu den aktivsten Teilen nicht nur gehörte, sondern auch heute noch gehört, sieht nicht mehr im Lager der SPD. Das war ja auch wohl die Meinung — und das mit Recht — SPD-Genossen in der Neugründungsversammlung der SPD am Ort. Zum erstmalig vernahmen wir aber auch aus dem Munde des Vorsitzenden der SPD, daß „die Spaltung am Orte verheerend gewirkt hat“. Verheerend doch nur in den Reihen der SPD. Bisher hörte man immer nur von „dem stolzen und kraftvollen Wiederaufstieg“, den die SPD am Orte genommen habe nach der „Abstoßung einiger Wirkköpfe“. Wenn der Vorsitzende der SPD am Schluß sagt, daß „das Jahr 1932 ein hartes Kampfsjahr“ werden wird, so sind wir durchaus derselben Meinung. Es ist aber ein Irrtum von ihm, zu glauben, daß dieser Kampf gegen Faschismus, für Sozialismus und Völkerrfrieden nur geführt werden kann durch Stärkung der SPD. Man kann Beelzebub nicht mit dem Teufel austauschen! Die Tagen der Sozialdemokratie seit 1914 sind Beweis dafür, daß sie gar nicht ernstlich gewillt ist, das Proletariat zum geschlossenen und entschlossenen Kampf gegen seine Widersacher aufzurufen. Die Führung der Sozialdemokratie fühlt sich in der Rolle als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus durchaus wohl. Wollen die sozialdemokratischen Arbeiter, daß endlich der Kampf gegen den Faschismus und für Sozialismus bis zur letzten Konsequenz durchgeführt wird, so müssen sie sich — selbst über die Köpfe ihrer Führer hinweg — einreihen in die revolutionäre Kampffront des klassenbewußten Proletariats. Nur so wird der Weg frei für eine bessere Zukunft.

Schutz der Wassermesser vor Frost. Die Stadtverwaltung macht auf die Schäden auf-

merksam, die an Wassermessern sowie an allen Rohrleitungen durch Frost entstehen können und für die der Benutzer der Anlage bzw. der Haus- oder Grundeigentümer verantwortlich ist. Man solle daher für guten Schutz der Messer. Das gleiche gilt für Wasserleitungsrohre, soweit sie durchs Freie führen. Die Ablebung des Standes der Messer darf durch die Einpackung nicht behindert werden.

## Stralsund

Die Konsum- und Spargenossenschaft Stralsund und Umgegend hat auch im Monat Dezember wieder eine Umsatzsteigerung zu verzeichnen. Der Umsatz betrug 116 318 RM. gegenüber 111 177 RM. im Vorjahre.

## Saßnitz

Die Gemeindevertretung nahm den Verwaltungsbericht des Gemeindevorstehers entgegen. Wohlfahrtsverwundete hatte die Gemeinde zuletzt 42, dafür wurden 11855 RM. an Unterstützung gezahlt. Außerdem wurde noch für 30 Personen der einfache Richtsatz und für 22 Sozial- und Kleintrentner Wohlfahrtsunterstützung gezahlt. Für die Krisenunterstützung wurden 2789 RM. vorausgabt. Die Gemeindeverwaltung hat 84 eigene Mietwohnungen errichtet, davon 40 in Altbauten und 54 in Neubauten. Für die Ortsarmen wurden ein Vierfamilienhaus und vier Weltblechbaracken errichtet.

## Barth

Neue Lesehalle für Erwerbslose. Das Kreis- und auch das städtische Wohlfahrtsamt haben im Gebäude der Stadtparkasse eine Lesehalle eingerichtet. Hier ist ein Unterhaltungsraum geschaffen worden, der stark benutzt wird. Es ist für Lesestoff und Unterhaltungsspiele gesorgt. — Die Volkshäuser sind infolge der großen Not auch wieder eröffnet, so daß auch hier die Erwerbslosen ein warmes Mittagessen erhalten können.

## Preerow

Schwierige Bergungsarbeiten. Die beiden Bergungsdampfer sind eifrig bemüht, den hier gestrandeten Dampfer „Helena“ zu bergen. Auch die letzten Taucherarbeiten waren gut vorgeschritten, als plötzlich während der Nacht wieder sehr stürmisches Wetter eintrat, das einen guten Teil der geleisteten Arbeit vernichtete.

## Promnitz

Generalversammlung der Fabrikarbeiter. Trotz der Arbeitslosigkeit und Gegenarbeit der Unternehmer konnte die Mitgliederzahl gehalten werden. Ob es richtig ist, infolge der Arbeitslosigkeit und Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer, den von diesen im Frühjahr geforderten Lohnabbau von 4 Prozent pro Stunde kampflös hinzunehmen, dürfte doch sehr stark zu bezweifeln sein. Hier geht eben die wirklich klassenbewußte Einstellung. Da durch die Notverordnung bereits weitere 15 Prozent abgebaut wurden, zeigt sich die Notwendigkeit einer ändern Einstellung der Arbeiterschaft. An diesem Beispiel zeigt sich auch für die Fabrikarbeiter ganz deutlich, wie verhängnisvoll sich die Tolerierungspolitik der SPD auswirkt. Hier kann man sich doch wirklich nicht mehr von der Verhandlungssprache. Die wirklich klassenbewußten Funktionäre müssen endlich erkennen, daß es auf diesem Wege nicht mehr weitergehen kann, denn die Arbeiterschaft geht dabei zugrunde. Das Jahr 1932 muß eine andere Kampffront herbeiführen.

## Lassau

Selbstverwaltung ist aufgehoben. Die Stadt steht unter der Diktatur der Regierung. In den bisherigen kommunalistischen Bürgermeistern mit Wirkung vom 4. Januar abberufen hat. An diesem Tage sollte ein neuer kommunalistischer Verwalter aus der Kreisverwaltung beauftragt werden. Den beiden städtischen Körperschaften — Magistrat und Stadtverordnetenversammlung — ist von dieser Maßnahme nichts bekannt. Ueber die politische Abberufung des kommunalistischen Bürgermeisters sind wohl allerlei Vermutungen laut geworden, aber Gründe gibt die Regierung nicht an. Ursache soll wohl die große, wöchentliche Revision vor Weihnachten sein. Aber auch über diese Revision herrscht völliges Dunkel, denn auch in diesem einen Falle werden die Körperschaften nicht in Kenntnis gesetzt.

## Neu-Seehagen

Das hier ausgebrochene Feuer, welches das Dreifamilienhaus der Arbeiter vollständig vernichtete und den Arbeitern schweren Schaden zufügte, konnte auf die Ursache hin ermittelt werden. Ein polnischer Schmied hatte sogenannte Wunderkerzen in die Luft geworfen. Hierbei landete eine Kerze auf dem Strohdach. Bei dem starken Wind war es nicht mehr möglich, das schnell um sich greifende Feuer zu löschen.

## Gummerow

Ueberfall auf der Landstraße. Der Forstarbeiter Plüchhahn wurde bei der Rückkehr nach seinem Hause auf der Landstraße von zwei Männern gestellt, die ihn zwangen, das Bargeld herauszugeben. Mit den erzwungenen 25 RM. sind sie leider unerkannt entkommen. So büßt nun ein Landproletarier seine schwer erarbeiteten Groschen ein, die von keiner Seite ersetzt werden.

## Lindenberg

Durch Wohnungsbrand — Kinder in Gefahr. In der Wohnung des Schweinmachers Eggert brach Feuer aus. Während die Kinder im Alter von 2 bis 5 Jahren in Abwesenheit der Mutter in der Stube spielten, geriet ein Bett in Brand. Die Ursache dazu konnte noch nicht festgestellt werden. Durch Rauch wussten die Nachbarn aufmerksam und konnten die Kinder noch im letzten Augenblick retten.

Bezirkskonferenz  
Hessen / Hessen-Nassau

Am 3. Januar fand in Frankfurt a. M. die gutbesuchte Bezirkskonferenz der SAP statt. Nach der Wahl des Büros übernahmen die Genossen Knoch, Hanau und Schweig, Oberursel, die Leitung der Konferenz. Genosse Portune nahm das Wort zu einem Vortrag über die politische Lage. Er betonte, daß in wachsendem Maße innerhalb der Arbeiterschaft die fatalistische Auffassung Platz greife: wir können Hitler nicht an der Machtgreifung hindern. Hieran trügen SPD und KFD ein gerüttelt Maß Schuld. Dieser fatalistischen Einstellung gelte es entgegenzuwirken. Keine Parteifront, sondern eine Klassenfront zu bilden sei Aufgabe der SAP. Dann verbreitete sich Portune über die bezirklichen Verhältnisse. Im Bezirk hätte die SAP ausgezeichnete Resultate erzielt. In den letzten Tagen habe sich die Ortsgruppe Wetzlar gebildet. Drei Stadtverordnete und fünf Vorstandsmitglieder der SPD seien in Wetzlar zur SAP gestoßen. Er schloß mit einem Appell zur erhöhten Aktivität der Partei.

Genosse Ohlhof verbreitete sich über den Ausbau der Presse: Mit der Tagespresse könne man nur in beschränktem Maße in die Massen vorstoßen. Begründet liege das in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Wochenzeitung hätte ein viel größeres Verbreitungsgebiet. Künftighin solle die Verbreitungsmöglichkeit der Tages- und der Wochenzeitung durch Beifügung einer Bezirksbeilage erhöht werden. Es sei notwendig, daß überall lokale Berichterstatter und Vertriebsobmänner tätig seien. Kleine Kolonnen müßten sich die Aufgabe stellen: Stadteil für Stadteil abzugrasen. Es sei so — wie die Erfahrungen der Mainzer Genossen bewiesen haben — möglich, den Absatz um das 4—5fache zu steigern. Notwendig sei

auch, daß in jedem Ort ein Genosse zum Inseratenwerber ernannt würde. Es sei die Aufgabe aller Genossen, an dem Auf- und Ausbau der Presse mitzuwirken.

Nach Beendigung der sich daran anschließenden lebhaften Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 3. Januar stattgefundene Bezirkskonferenz der SAP stellt sich hinter den Aufruf des Parteivorstandes vom 25. Dezember. Sie fordert, daß er mit allen proletarischen Verbänden zwecks Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl in Verbindung tritt. Sollten die Verhandlungen scheitern, so muß wenigstens ein Stichwahlabkommen angestrebt werden.“ — In den Bezirksvorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender: A. Portune, 2. Vorsitzender: Gg. Stierle, Kassierer: Treuer, Schriftführer: Ferber, Redakteur: Ohlhof. Schutzbund (offen). Jugend: Buch. Frauen: Rudolph. In den erweiterten Vorstand: die Genossen Knieß, Frankfurt a. M., Rindkopf und Wohlfeil-Darmstadt, Kettenbach und Poerzgen-Wiesbaden, Mönch und Knieß-Friedberg, Knoch und Gräbener-Hanau, Keyl und Köhler-Wetzlar, Kettel und Ehl-Unterlahn-Kreis, Meister und Schweig-Obertaunuskreis, Funk und Rauch-Gießen. Die Pressekommission besteht aus den Genossen Portune, Knauer, Leitz, Wülfing-Frankfurt, Brunn-Offenbach, Guessel-Darmstadt, Gustel Mönch-Friedberg, Pfaff-Wetzlar, Salomon-Bad Soden, als dessen Vertreter Wöhrbe-Falkenstein. Als Vertreter des Bezirks im Reichsausschuß wurde Genosse Gräbener gewählt. Nach einigen abschließenden Worten des Genossen Portune wurde die Konferenz mit einem Hoch auf die SAP geschlossen.



# Sportschau der SAZ

## Handball im Westindustrialgebiet

Freie Schwimmer-Düsseldorfer 1b-Ratinger 1:5 (2:2). Die Schwimmer, die in diesem schweren Spiel nur mit zehn Mann angetreten waren und dadurch schon schwer ins Hintertreffen gerieten, verstanden es dennoch, das Spiel sehr offen zu halten. Der Kampf war vor der Pause vollständig ausgeglichen, während die Ratinger immer in Führung gingen, warfen die Schwimmer jedesmal den Ausgleich. Nach der Pause gehen die Ratinger wieder in Führung, aber die Schwimmer kommen noch einmal zum Ausgleich. So bleibt das Ergebnis bis fünf Minuten vor Schluss. Dann können die Ratinger durch zwei schöne Tore den Sieg sicher stellen.

Freie Schwimmer-Elberfeld — Grün-Weiß-Düsseldorf 1:1 (0:0). Grün-Weiß startete zu wartend die Schwimmer kein Tor.

Freie Schwimmer-Elberfeld — Grün-Weiß-Düsseldorf 1:1 (0:0). Grün-Weiß startete zu Beginn des neuen Jahres in Elberfeld, konnte jedoch trotz besserem Spiel nur ein Unentschieden herausziehen. Die erste Halbzeit stand fast ganz im Zeichen der Gäste, deren Sturm sich aber nicht durchzusetzen vermochte. Der riesige Eifer des Gastgebers in Verbindung mit einem ausgezeichneten Zerstückungsspiel ließ die erste Halbzeit torlos verlaufen. Nach dem Wechsel geht Elberfeld durch unverhofften Torwurf sogar in Führung. Der Gast muß noch schwer ringen, um wenigstens ein Remis zu erzwingen. Das Spiel selbst war äußerst flott.

## Arbeitssportler-Vortrag im Rundfunk

Der Bundes-Turn- und Sportwart des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, K. Bühren, Leipzig, spricht am Freitag, dem 8. Januar, um 18.55 Uhr über alle norddeutschen Sender über „Gymnastik und Körperbildung“.

## Touristenverein „Die Naturfreunde“

### Gau Sachsen

#### 7. Bezirk.

**Eadeberg:** 10. Januar: Nv. in die Heide. Treffen 13.30 Uhr, am Forsthaus. F.: Gen. Simon.  
**Neukirch/Lausitz:** 13. Jan.: Jahreshauptversammlung im Veltbergshaus.  
**Größbräsdorf:** 10. Jan.: Tw. Rehdorf (Wobler Ländchen). Treffen 8 Uhr beim Vereinslokal.  
**Bautzen:** 7. Jan.: Jahreshauptversammlung, 20 Uhr im Vereinslokal.  
**Freiberg:** 10. Jan.: Nv. In waldsch. Dörfer. Treffen 14.30 Uhr am Kronprinz. F.: Gen. Kleinast.  
**Sebnitz:** 8. Jan.: Versammlung, 20 Uhr im Steinhöhnel.  
**Kirschau:** 9. Jan.: Abendversammlung „As Modchen“. Treffen 19.30 Uhr, am Erbgericht. F.: Gen. Paul Hänsch.

#### 8. Bezirk.

Die Berichtsbogen für das Jahr 1931 sind nun in den Händen der Ortsgruppenleitungen. (Auch die der Jugend.) Es ist Pflicht des Obmannes, dafür zu sorgen, daß dieselben unvollständig und gewissenhaft ausgefüllt und an den Bezirksleiter weitergeleitet werden.  
 Die Obmannerkonferenz des 8. Bezirks findet am 21. Januar 1932, 20 Uhr, im Schwärzer Adler in Zittau statt. Anträge sind bis 9. Januar 1932 beim Obmann des Bezirks einzureichen.  
 Die Winterportoberte möchte bis 9. Januar 1932 die Funktionäre zum Winterortfest melden. Es werden zur Streckenkontrolle, Plakatenverkauf und Verkehrsregelung noch Leute gebraucht. Alle diesbezüglichen Meldungen und Anfragen sind an Gen. Martin Noack, Seifhennersdorf 275 c, zu richten.

### Veranstaltungen der Ortsgruppen.

**Zittau:** 7. Jan.: Versammlung, 20 Uhr, im Volkshaus. — Jugendgruppen ab 8. Jan.: Liedereabend. Bringt alle Liedbücher und Musikinstrumente mit! Jeden Mittwoch Tanzen im SAZ-Heim.  
**Eibau-Waldorf:** 7. Jan.: Vorstandssitzung beim Gen. Paul Eibau 202. Beginn 20 Uhr. — 10. Jan.: Skifahrt Rund um Eibau. — Voranzeige: 12. Januar, öffentlicher Filmabend „Verdun“. Es ist Pflicht jedes einzelnen Genossen, für einen Massenbesuch zu werben.  
**Oberoderwitz:** 8. Jan.: Monatsversammlung, 20 Uhr, Café Wenzel (Oberdorf). Erscheinen aller ist Pflicht!  
**Hirschfelde-Reibersdorf:** 8. Jan.: Monatsversammlung, 20 Uhr, in der alten Schule.  
**Neugersdorf:** 7. Jan.: Jahreshauptversammlung, 20 Uhr, im Vereinslokal Nußbaum. — 12. Jan.: Betspielabend im Vereinslokal. Beginn 20 Uhr. — Winterportabteilung: Am 10. Januar beteiligen wir uns am Winterortfest in Seifhennersdorf.  
**Löbau:** 10. Januar: Nv. nach dem Rotstein. 18 Uhr am Schlachthof.  
**Leuba:** 10. Jan.: Nv. (bei Schnee mit Skier). Treffen 13 Uhr beim Gen. Jähne.  
**Seifhennersdorf:** 7. Januar: Monatsversammlung, Beginn 20 Uhr, im Vereinslokal. Nach der Versammlung Vortrag vom Gen. Weise „Mein großes Volkstum“. — 10. Jan.: Interreportage am Winterortfest. — Kultur- und Sportkarte: — 12. Januar: Versammlung, 20 Uhr, im Café Köhler. — Jugendgruppe: 14. Jan.: Gedächtnisabend, 20 Uhr, beim Gen. Grosser.  
**Spitzkammerdorf:** 7. Jan.: Gruppenabend bei der Genossin Löwe.

## Ein Stützpunkt im Vogtland

### Neues Arbeiter-Skiheim in Brunnödra

Das obere Vogtland gehört zu den bekanntesten Gegenden des weißen Sports. Als das bevorzugteste Gebiet darf wohl das Aschberggebiet angesehen werden. Von Jahr zu Jahr mehren sich die Anhänger des Skisports auch in der Arbeitersportbewegung, welche Sonnabends und Sonntags vom Flachlande ins Gebirge strömen, um hier inmitten von herrlichsten Naturschönheiten den gesündesten aller Sporte zu betreiben. Brunnödra, am Fuße des Aschberges gelegen, hat durch seine strebsame Skiabteilung des Arbeiter-Turnvereins schon seit Jahren danach getrachtet, dem immer wachsenden Übernachungsbedürfnis Rechnung zu tragen. Den fortgesetzten Bemühungen wobei sich der Bezirkskiewart Meinel als eifrigster Förderer besonders verdient gemacht hat, ist es nun gelungen, durch Errichtung eines

Unterkunftsheims die bisherigen Schwierigkeiten zu beheben. Seine ideale Lage, umgeben von tiefverschneiten Bergabhängen und Wäldern, sowie von herrlichstem Skigelände, verleiht dem Heim einen besonderen Anreiz. Kochgelegenheit, elektrisches Licht, Wasserleitung sowie ein im bäuerlichen Stil gehaltenen Aufenthaltsraum gewährleisten das Wohlfühlen aller Sportgenossen und -genossinnen. Von den bekanntesten Wintersportplätzen des Vogtlandes ist es in durchschnittlich je einer Stunde wundervoller Waldskifahrt gut erreichbar, von Schöneck, Muldenberg, Schneckenstein, Kieselgebiet usw. Das auf den Namen „Fuchshöhle“ getaufte Skiheim wartet und ladet die Wintersportler und -sportlerinnen zur regen Inanspruchnahme ein. An euch liegt es, dieses eurer Nutznießung Geschaffene zu rentabilisieren und zu erhalten.

Anmeldungen sind zu richten an Richard Wohlrab, Brunnödra i. V., Schulstr. 100.

## Der Sport der Anderen

### Ordnung muß sein!

Auch beim Sport. Groß wird angekündigt, daß am 9. Januar auf dem Riesersee bei Garmisch-Partenkirchen die deutschen Eishockeymeisterschaften ausgetragen werden sollen. Der Berliner Schlittschuhklub gilt da — wie man im bürgerlichen Sport so schön sagt — als Favorit. Aber die BSC-Diva hat was anderes vor. Französische Zeitungen berichten, daß die Mannschaft am 9. Januar in einem Länderspiel gegen Frankreich in Paris spielen wird. Womit die deutsche Eishockeymeisterschaft noch mehr zur Farce würde als schon so. Es herrscht „Ordnung“ bei den bürgerlichen Sportbetrieben! Ist's da ein Wunder, daß trotz aller Staatszuschüsse nicht mal eine Eishockeymannschaft zur Olympiade zusammen zu kriegen ist?

### Geld stinkt nicht,

und wenn man's auf leichte Art beim „Sport“ verdienen kann, erst recht nicht. Da gibt's in Hamburg einen Herrn Elias, ein Traber-Herrenfahrer. Seine Stute „Alter Ego“ siegte ganz überraschend im „Preis von Voßwinkel“ obwohl sie in der schlechtesten Klasse lief. Als man da aber etwas näher hinsah, stellte sich heraus, daß die dreijährige Stute „Alter Ego“ gar nicht die Stute Alter Ego war, sondern eine viel bessere, die vierjährige „Natur“. Herr Elias, der Arme, wird nun nicht mehr traben dürfen. Aber, nicht wahr, daß so was passiert beim edlen Sport, das liegt nur an der Schlechtigkeit der Menschen, nicht daran, daß man Sport gleich Geld verdienen sollte.

### Der reumütige Boxer.

Bei einem Boxkampf in der Londoner Boxarena hat sich ein dummes Ding ereignet. Da hat der Boxer Tommy Hyams gegen Sly Davies gekämpft. Hyams, der mit den Entscheidungen des Ringrichters nicht ganz einverstanden war, gab seiner Unlust dadurch handgreiflichen Ausdruck, daß er dem Unparteiischen einen Kinnhaken

verabreichte. Was jener übel nahm. Hyams aber hatte die Situation blitzschnell erfaßt: er rutschte auf den Knien zu dem beleidigten und bat ihn flehentlich um Entschuldigung. Was denn auch nicht ohne Erfolg blieb. Womit die „Fairneß“ des Sports wieder hergestellt war.

Da hatte der Sechstagerfahrer Frankenstein ein weniger Glück, der beim Kölner Sechstagerrennen in der Hitze des Gefechts und weil er sich die Ehre (sprich Moneten) nicht entgehen lassen wollte, sein Rad einer Anzahl von Mitbewerbern, die in voller Fahrt daherkamen, entgegenwarf und dadurch einen Massensturz arrangierte. Er wurde für ein Vierteljahr disqualifiziert und außerdem zu 250 Mark Geldstrafe verurteilt. Ihm werden sicher sämtliche „Sportideale“ flöten gehen! Aber ob das noch „Sport“ ist?

### „Wir sind unpolitisch“

So behaupten die bürgerlichen Sportler. Daß man sich in der Leitung dieser Organisationen mehr oder minder offen zum Wehrsport bekennt, das man — wie die Deutsche Turnerschaft — nichts daran findet daß ihr Geschäftsführer Major a. D. Franz Breithaupt zugleich als offizieller Vertreter im Braunen Hause in München sitzt — was hat das mit Politik zu tun? Natürlich ist das alles für die Republik, denn die bezahlt ja zwei Drittel für die Delegationen zur Olympiade nach Amerika, wozu Herr Staatssekretär Dr. Lewald vom Reichsausschuß für Leibesübungen jährlich noch einen Zuschuß von 15 Millionen Mark für die dem Ausschuss angeschlossenen Vereine fordert. Man kann's ja bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung einsparen, fügt er menschenfreundlich hinzu. Und wenn die offiziellen deutschen Sportführer in einem Neujahrsaufruf sagen: „Heute ist es Pflicht (der Sportler Red.), Stellung zu nehmen zu den unerhört gewaltigen Fragen des eigenen Volkes“ — so ist das natürlich keine Politik! Oder doch? Wie die dann aussieht, kann sich

der Proletarier ausmalen, wenn wir Herr Ritter von Halt, den Vorsitzenden der Deutschen Sportbehörde sprechen lassen, der da klagt: „Die jahrzehntelange Erziehung der Sportverbände zur Vaterlandsliebe, Selbstzucht und ritterlicher Lebensanschauung werde nicht genügend gewürdigt“ usw. und dann die übliche Schnorriade an die Republik anknüpft, da für Deutschland „die Beteiligung an den nächsten Spielen (Olympia in Los Angeles) eine Frage der Weltgeltung“ sei.

Jawohl, Deutschland mag's noch so schlecht gehen, Herr Brüning mag Notverordnungen über Notverordnungen in die unglückliche Welt setzen, Hauptsache, die bürgerlichen Sportler haben ihren Zuschuß und ihre Delegationen in Los Angeles. Woran Deutschland und die Welt zweifellos genesen wird. H.

## Der Arbeiter-Skisport in der Schweiz

In der Schweiz, dem Land der herrlichsten Skilaufergelegenheiten, ist es noch nicht möglich gewesen, ähnlich wie im österreichischen und deutschen Arbeitersport, die skilaufernden Arbeiter und Arbeitersportler organisatorisch zu erfassen, zu vereinigen, und das organisatorische Gefüge zu schaffen, das notwendig ist, diese Skiläufer restlos in den Dienst des Arbeitersportes zu stellen. Am guten Willen der Leitung des Schweizer Arbeiter-Turn- und Sportverbandes hat es nicht gefehlt, seine Durchführung wurde jedoch behindert durch den Mangel an Verständnis für diese Vorhaben. Es entstanden wohl in den Verbandsvereinen Skiriegen, aber das war ein bescheidener Anfang. Seit dem vorigen Winter ist ein Umschwung zum Besseren festzustellen. Die Bildung neuer Skiriegen und Abteilungen macht gute Fortschritte, und wie wir erfahren, wurde vor kurzem in Biel ein Arbeiterskiklub gegründet. In Bern steht die Gründung eines solchen bevor.

## Organisationsnachrichten

### SAP

**Ortsgruppe Prenzlauer Berg:** Freie Sport- und Schützenvereine: Generalsversammlung am 7. Januar, 20 Uhr, bei Reche, Metzger Str. 25. Erscheinen Pflicht!  
**Ortsgruppe Kreuzberg:** Donnerstag, den 7. Januar, Funktionärerversammlung bei Sievert, Bockstraße 8, 19.30 Uhr. Wir bitten um pünktliches Erscheinen.  
**Ortsgruppe Köpenick-Bohndorf:** Die öffentliche Versammlung in Bohndorf findet nicht am 8. 1. 32, sondern erst Freitag, den 15. 1. 32 im Lokal Madry, Bunzelstr., statt.  
**Ortsgruppe Treptow:** Die heutige Vorstandssitzung fällt aus. Dafür vollzähliges Erscheinen des Vorstandes und der Funktionäre eine Stunde vor der Mitgliederversammlung am 13. 1. 32, Lokal Lehmgrüner, Adlershof, Blumensstr. 2 am Bahnhof, pünktlich 7 Uhr.



### Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes.

#### Heute Donnerstag:

**Charlottenburg Mitte:** Heim wie bekannt. „Von Kerowski bis Lenin“.  
**Frankfurter Allee II:** Heim Frankfurter Allee 507. Tagespolitik.  
**Hans:** Heim Lehrter Str. 18/19. Arbeitsgemeinschaft über Sowjetrußland.  
**Mitte-Nord, Ernst Tollers:** Heim Elisabethenstr. 19. Dora Fabian: Einführung in den Marxismus I.  
**Mitte-Süd:** Treffpunkt 19.30 I. A.  
**Moabit:** Heim Lehrter Str. 18/19. Rußland I.  
**Unterbezirk Neukölln:** Bildungs- und Werbeausschussitzung an bekannter Stelle.  
**Währner Platz „Matteotti“:** Heim Prenzlauer Allee 31. Tagespolitik.  
**Westend:** Heim Spritzenplatz. Tagespolitik.  
**Weißensee „Karl Marx“:** Heim Lokal Bohneck am Mithrasplatz. Alt-Berliner Humor.  
**Erwerbslosenstaffel Prenzlauer Berg:** Wir treffen uns heute um 11 Uhr im Heim, Prenzlauer Allee 34.  
**Mitteilung der BL:** 17. Januar: Karten für unsere Veranstaltung müssen heute ab 11-18 Uhr und am Freitag ab 17-18 Uhr abgeholt sein.  
**Das Sekretariat** ist morgen nur von 17-18.30 Uhr geöffnet.  
**Bezirkskonferenz:** Wer noch eine Gastkarte haben will, wendet sich an das Sekretariat der SJV.

#### Die Roten Falken.

**Ballenplatz „Matteotti“:** Heim Tilsiter Str. 5. Prenzlauer Viertel: Heim Prenzlauer Allee 34.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schabert. Für Inserate: Johannes Hoffmann u. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig sämtlich in Berlin O 27, Magazinstraße 15/16.  
 „SAZ, Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ erscheint täglich außer Montags.  
**Redaktion:** Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2104.  
**Verlag und Expedition:** Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.  
**Bezugspreis für einen Monat** durch die Expedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgebühr. Durch die Post bezogen: RM 2,40 und RM 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM 0,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.  
**Inseratenpreis:** Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.  
**Alle Zahlungen** sind zu leisten an: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

## SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr  
 wöchentlich . . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr  
 bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

## BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch \_\_\_\_\_ Exemplar

### „SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung.“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

**Volksbühne**  
 Theater a. d. Spree  
 D. A. Norden 204  
 8 Uhr:  
**Die Großtrotz**  
 von Gumbelstein  
**Rosa-Theater**  
 Große Frankfurter Str. 132  
 heute: 7 1/2 Uhr: 3422  
 8 1/2 Uhr:  
**Das Frau**  
 von Formas

**Kritik an den Programmen**  
 der  
**deutschen Sozialdemokratie**  
 übt Anna Siemsen im 4. Buch der „Roten Bücher“  
 der „Marxistischen Büchergemeinde“.  
 Es ist  
**ein Buch das jeden angeht!**  
 Bestellt sofort das  
 4. Buch der „Marxistischen Büchergemeinde“ von  
**Anna Siemsen**  
**„Auf dem Wege zum Sozialismus“**  
 Preis 4 T5. 1. Mitglieder der M.D.G. 3.— RM  
**Freie Verlags-Gesellschaft m. b. H.**  
 Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 57

**„SWZ“**  
**morgen**  
**neu!**  
**Keine**  
**gegnerische Versammlung**  
 vor der nicht eine Anzahl unserer  
 Broschürenverkäufer stehen

**Breslau**  
**Pfänder-Versteigerung**  
**Breslau, Berliner Platz 2**  
 am Donnerstag, den 14. Januar 1932  
 vormittags 9 Uhr  
 rote Scheine bis Nr. 52500  
 Bietungskautions Rmk. 10,—  
**Gemeinnütziges Pfandleihhaus**  
**der Stadt Breslau G. m. b. H.**  
 Schaubert  
**Arbeitssportler!**  
 lest die **SAZ**

**Sachsen**  
  
**Turnverein Vorwärts E. V.**  
**Netzschkau**  
 Am Sonntag, dem 10. Januar 1932  
 findet von nachmittags 3 1/2 Uhr an  
 unsere  
**Jahreshaupt-Versammlung**  
 statt.  
 Anträge sind bis spätestens vor  
 Beginn der Versammlung beim  
 Vorsitzenden abzugeben. Kein  
 Mitglied darf fehlen oder zu spät  
 kommen.  
 Der Vorsitzende: Paul Sonntag.



**Prächtiger Beginn in Wetzlar**

In Wetzlar ist eine Ortsgruppe der SAP gegründet worden, der sich drei sozialdemokratische Stadtverordnete und 5 Vorstandsmitglieder der SPD angeschlossen haben.

Noch immer treten Ortsgruppen geschlossen zur SAP und zum SJV über. Die Abstimmung in der SAJ Cunowalder ergab 21:1 Stimmen für den Uebertritt. In den letzten Tagen hat sich die Zahl der Schutzbundmitglieder in Cunowalde von 19 auf 35 Mitglieder gesteigert.

**Die Sozialistische Wochenzeitung**

erscheint am Freitag unter dem Namen

**„Das Kampfsignal“**

(nicht: „Die eiserne Ferse“, wie ursprünglich angegeben).

Gleichzeitig erscheinen die bereits angekündigten Bezirksausgaben, und zwar in Plauen für das Vogtland und Erzgebirge „Der Kurier für Vogtland und Erzgebirge“; in Frankfurt für Hessen und Hessen-Nassau „Die südwestdeutsche Arbeitertribüne“; in Essen, Ober- und Niederrhein, Westfalen und dem Ruhrgebiet „Die Rhein-Ruhr-Fackel“; in Bremen für Osnabrück, Aurich, Oldenburg und Stade „Die Weser-Ems-Fackel“.

Die erste Ausgabe erscheint als vierseitige Sonderausgabe zum Preise von fünf Pfennig. Gleichzeitig können wir mitteilen, daß die Wochenzeitung in der bisherigen Ausstattung und im Umfang von acht Seiten wie bisher

im Preise von 15 Pfennige auf 10 Pfennige herabgesetzt wird.

Macht die Wochenzeitung zum Massenorgan zur Werbung unserer Organisation!

**Chauvinistische Manöver**

Unter dem Titel „Brunnenvergiftung“ polemisiert der „Vorwärts“ gleichzeitig gegen Hugenbergs Telegraphenunion und den Pariser Berichterstatter des „Journal de Genève“, Pierre Bernus, der gleichzeitig Außenpolitiker des „Journal des Débats“ ist. Das „Journal de Genève“ steht bekanntlich Völkerbundskreisen nahe, während das „Journal des Débats“ ein rechtsoppositionelles Blatt ist.

Was erregt nun die Gemüter? Der „als gut unterrichtet bekannte Pariser Berichterstatter“, wie TU sagt, meldet, daß „gewisse“ französische Kreise die Absicht hätten, gleich zu Beginn der Abrüstungskonferenz, und zwar sobald die Arbeiten der Konferenz organisiert seien, den Antrag auf Untersuchung des tatsächlichen Standes der deutschen Rüstungen der Konferenz vorzulegen. Eine derartige Untersuchung würde sich auf den Artikel 213 des Versailler Vertrages stützen, der ausdrücklich vorsehe, daß der Völkerbundsrat jederzeit, und zwar mit einfacher Mehrheit, eine Untersuchung des Rüstungsstandes Deutschlands anordnen kann.

Der „Vorwärts“ ist der Ueberzeugung, daß das Gerücht auf freier Erfindung beruht. Der Ueberzeugung sind wir auch und wir teilen weiter die Meinung, daß die Telegraphen-Union in diesem Gerücht ein gefundenes Fressen gesehen hat, den Chauvinismus und Nationalismus in Deutschland noch mehr als bisher anzustacheln. Aber um die Dinge ins richtige Licht zu rücken, muß doch auch festgestellt werden, daß solche Gerüchte nur aufkommen konnten, weil von deutscher Seite von inoffizieller Seite eine Aufrüstungshetze dauernd inszeniert wird, die offiziell in diesen Tagen ihre Sanktion erhalten hat. Hier liegt die Wurzel des Übels, von hier aus muß man verstehen, daß „gewisse“, wenn auch wohl nicht maßgebende Kreise in Frankreich daran denken, den Nachweis zu erbringen, daß es mit der Abrüstung in Deutschland doch nicht ganz so sei, wie es auf dem Papier steht. Wenn TU von einem „Manöver“ angeblich maßgebender Kreise in Frankreich spricht, so ist doch gerade auch von deutscher Seite aus hervorzuheben, daß dies nur die Antwort wäre auf deutsche gegen Frankreich inszenierte Manöver.

Das zu betonen, das auch nur zu erwähnen, hat natürlich der national zuverlässige „Vorwärts“ gänzlich vergessen.

**Der Irak im Völkerbund**

Der ständige Mandatsausschuß des Völkerbundes hat nunmehr seinen Bericht an den Völkerbundsrat über die Aufhebung des Irak-Mandats und die Aufnahme des Irak-Gebietes in den Völkerbund abgeschlossen.

Der Bericht wird auf der Ende Januar stattfindenden Tagung des Völkerbunds zur Verhandlung gelangen. Die Aufhebung des Mandats und die Aufnahme des Irak-Gebietes in den Völkerbund muß sodann durch einstimmigen Beschluß der Völkerbundsversammlung erfolgen.

Als Garantie für die Selbständigkeit des Iraks, die Vorbedingung für die Aufnahme in den Völkerbund, liegt nichts vor als die... Erklärung der englischen Regierung. Was davon zu halten ist, bedarf keines Kommentars.

**Indien wird „gedämpft“**

**Die britische Flagge auf dem Kongreßgebäude — Verhaftungsorgien**

Bombay, 6. Januar

Unter dem Schutz der Polizei wurde heute früh die britische Flagge auf dem Gebäude des Allindischen Kongresses feierlich gehißt, was die Inbesitznahme dieses Gebäudes durch die Regierung anzeigen soll. Vier weitere Führer des Kongresses wurden verhaftet. Die Zahl der in Bombay verhafteten Personen beträgt zur Zeit vierzig, darunter neun Frauen.

★

Heute in den frühen Morgenstunden erfolgten Massenverhaftungen von Kongreßführern. U. a. wurde der vormalige Präsident der indischen Gesetzgebenden Versammlung Vithalbai Patel um 5 Uhr früh festgenommen. Dieser hatte gestern noch einen Aufruf an die Inder erlassen, in dem es u. a. hieß, alle Engländer in Indien müßten das Gefühl haben, daß ihre Person in Indien ebenso sicher wie in England sei.

Die Inder müßten bereit sein, nötigenfalls ihr Leben zu opfern, um Gewalttaten zu verhindern.

Ferner forderte er dazu auf, sich mehr auf den Boykott britischer Güter und britischer Firmen zu konzentrieren als auf andere im Kongreßprogramm vorgesehene Kampfmittel,

denn die Waffe des Boykotts sei unwiderstehlich. Zum Schluß wiederholte Patel, daß das Ziel die völlige Unabhängigkeit Indiens sei.

★

Trotzdem also die indischen Führer alles tun, um ihre Anhänger weiterhin auf dem Weg der Gewaltlosigkeit zu halten, kommen nach wie vor aus allen Gegenden Indiens Meldungen von Zusammenstößen, vom Einschreiten der Polizei gegen Demonstranten, wobei es Tote und Verwundete gegeben hat. Auch eine Kinderdemonstration wurde aufgelöst und sechs Kinder verhaftet. Selbstverständlich berichten die englischen Kabel von allen möglichen „Schandtaten“ der Inder, unter anderem auch davon, daß in der Nähe von Mohmand Rothemden die Häuser von regierungstreuen Indern in Brand gesteckt hätten. Die Engländer spekulieren, sicher nicht zu Unrecht, auf die Unkenntnis nicht nur des Englischen, sondern des Weltpublikums, denn hinter „Rothemden“ vermutet der „normale“ Spielbürger selbstverständlich „wilde“ Kommunisten. Tatsächlich sind diese Rothemden Anhänger der Theorie von der

Gewaltlosigkeit, obwohl sie Mohammedaner sind. Hier zeigt sich übrigens auch, wie wenig stichhaltig die von englischer Seite lancierte Legende von dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Hindus und Mohammedanern ist.

Alles deutet darauf hin, daß man von englischer Seite die indische Bevölkerung mit allen Mitteln provozieren will, um dann mit mehr „moralischem“ Recht die Politik der starken Faust anzuwenden. So wirksam die Waffe des Boykotts sein mag, so scheint doch die Entwicklung unwiderstehlich dahin zu treiben, daß auch von der anderen, der indischen Seite Gewalt gegen Gewalt gesetzt wird, daß die Kämpfe immer schärfer und blutiger werden. Daß damit schließlich und endlich jede Möglichkeit schwindet, Indien freiwillig im Verband des britischen Imperiums zu halten, ist die Kehrseite der englischen Scharfmacherpolitik. Die „nationale“ englische Regierung unter einem MacDonald, die in Wahrheit mehr und mehr eine Regierung der extremen Tories wird, sagt selbst die Balken an, auf denen das britische Weltreich ruht. Die Ironie der Weltgeschichte.

**Skandinavisch-englisches Wirtschaftsbündnis?**

Kopenhagen, 6. Januar.

Heute haben hier die Besprechungen des skandinavischen Außenministers begonnen, in denen währungs- und handelspolitische Fragen der skandinavischen Länder behandelt werden sollen. Diese Besprechung soll aber anscheinend nur der Auftakt zu größeren Aktionen sein. Die Londoner „Financial Times“ wenigstens behaupten, daß dieser Kopenhagener Besprechung sofort eine englisch-skandinavische Währungskonferenz folgen werde. Diese Behauptung wird zwar von dänischer Seite dementiert, die Stockholmer Presse jedoch vertritt den Standpunkt, daß die Kopenhagener Besprechung ein Wirtschaftsbündnis zwischen England und Skandinavien vorbereiten soll. Angeblich soll eine gemeinsame Währungsfront zwischen England und den nordischen Staaten gebildet werden. Diese Annahme fußt auf der Tat-

sache, daß sowohl England als auch die drei skandinavischen Länder den Goldstandard in ungefähr gleichem Maße verlassen haben. Außerdem sei England der wichtigste Ausfuhrabnehmer der drei Nordländer.

Es ist zwar anzunehmen, daß diese Spekulation den Tatsachen voraussetzt, sind doch bisher infolge der wirtschaftlich verschiedenen Struktur der skandinavischen Länder die Pläne zur Wiedererrichtung der Münzunion gescheitert. Die Krise aber, die diese Länder erfaßt hat, kann sehr wohl der Motor zu einer schnelleren Einigung werden und zu einer engeren Verbindung mit dem britischen Weltreich, an das Skandinavien schon immer angelehnt war, führen. Für die kontinental-europäischen Länder, vor allem für Deutschland, wäre eine solche Entwicklung natürlich von weittragender Bedeutung.

**Umgekehrte Welt**

**Japan droht**

**mit „Intervention“ in China / Besetzung Pekings?**

Tokio, 6. Januar.

Die japanische Regierung beabsichtigt, wie verlautet, den japanischen Geschäftsträger in China anzuweisen, einen energischen Protest bei der chinesischen Regierung in Nanking gegen die häufigen Angriffe auf japanisches Eigentum und Leben in Futschau, Amoy und Swatau zu erheben. Die chinesische Regierung soll darauf hingewiesen werden, daß Japan sich gezwungen sehen könnte, Marineabteilungen zu landen, wenn die Behörden von Nanking die japanfeindliche Agitation nicht unterdrückten.

**Japanischer Vormarsch auf Peking**

Moskau (über Kowno), 6. Januar.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, haben japanische Truppen von Tschintschau aus den Vormarsch auf Peking angetreten. Die japanische Garnison in Tientsin, die 2400 Mann zählt, ist durch zahlreiche Flugzeuge und Artillerie verstärkt worden. Man nimmt in Moskau an, daß die Japaner Peking besetzen wollen.

**China erhebt Beschwerde**

Memorandum an den Völkerbund.

Genf, 5. Januar.

Der diplomatische Vertreter Chinas in Paris hat dem amtierenden Ratspräsidenten am 31. Dezember 1931 ein Memorandum zu Händen der übrigen Ratsmitglieder überreicht. In diesem Memorandum stellt die chinesische Regierung fest, daß die Japaner ihren Vormarsch fortsetzen und offen ihre Absicht kundtun, sich Tschintschau zu bemächtigen trotz der von ihnen im Völkerbund eingegangenen Verpflichtungen. Die Aktion der Japaner verstoße nicht nur gegen die Hoheitsrechte Chinas, gegen die Völkerbundssatzung, gegen den Neunmächtevertrag und gegen den Kriegsschlichtungspakt, sondern sie stelle auch eine flagrante Nichtbeachtung der vom Völkerbund vor kurzem angenommenen Entschlieung dar. Der chinesischen Regierung seien auch Nachrichten zugegangen, nach welchen Japan seine Truppenbestände in der Mandschurei ständig vergrößere, was eine Erschwerung der Lage nach sich ziehe. Japan müsse für alle

Folgen, die aus Maßnahmen der chinesischen Notwehr entstehen könnten, verantwortlich gemacht werden.

Das chinesische Memorandum erklärt zum Schluß, die chinesische Regierung wolle die Aufmerksamkeit des Völkerbunds auf diese neuen Tatsachen lenken. Sie hoffe, daß unverzüglich die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um eine weitere Verschlimmerung der Lage zu verhüten und Japan zur Beachtung der vom Völkerbundsrat angenommenen Entschlieung anzuhalten.

**Zunehmende Unruhe**

Tokio, 4. Januar.

In Futschau kam es zu schweren Unruhen, wobei ein japanischer Lehrer und seine Frau von Chinesen ermordet wurden. Die Chinesen sollen auch japanische Marineoffiziere angegriffen haben. Das japanische Marineministerium hat nach Eintreffen der Nachricht sofort zwei Zerstörer nach Futschau entsandt. Ein Kreuzer ist bereits in Futschau eingetroffen und hat hundert Matrosen an Land gesetzt, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

**Amerikanisch-japanischer Zwischenfall**

TU. Mukden, 4. Januar

Der amerikanische Konsul in Charbin, Chamberlain, ist in Mukden von einer japanischen Militärpatrouille in dem Augenblick mißhandelt worden, als er aus seinem Kraftwagen, der die amerikanische Flagge trug, ausstieg. Er erlitt Verletzungen im Gesicht. Chamberlain legte beim japanischen Konsul in Mukden scharfen Protest ein, und eine Untersuchung des Vorfalles wurde aufgenommen.

**Japan entschuldigt sich**

(Reuter.) Tokio, 5. Januar.

Der Minister des Auswärtigen hat dem japanischen Botschafter in Washington Anweisung gegeben, „as Bedauern der Regierung wegen des Zwischenfalles in Mukden der amerikanischen Regierung auszusprechen. Der japanische Dolmetscher, der für den Zwischenfall zuerst verantwortlich sei, sei entlassen worden, und die Bestrafung der zwei beteiligten Soldaten sei in Erwägung gezogen.

**In Spanien fließt Blut**

Madrid, 6. Januar.

In Arnedo (Provinz Santander) kam es gestern nachmittag zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und einer Abteilung Gendarmen, wobei nach einer Mitteilung des Innenministeriums sechs Manifestanten getötet wurden — darunter vier Frauen und ein Kind — sowie zehn Frauen und sechs Kinder verletzt worden sind. Die Blätter sprechen jedoch sogar von acht Toten und 32 Verletzten.

Die Unruhen namentlich in der Provinz Badajoz und das Verhalten der Gendarmerie bildeten gestern Gegenstand einer Kammerdebatte, in die der Ministerpräsident selbst mit der Erklärung eingriff, daß man weder die Regierung noch irgend eine politische Partei für diese Vorfälle verantwortlich machen könne.

General San Jurjo hat seine Untersuchung an Ort und Stelle abgeschlossen und ist nach Madrid zurückgekehrt. Ueber die Zwischenfälle in Castilblanco erklärte er den Journalisten, sie wären nach einem wohl aufgelegenen Plane mit besonderer Grausamkeit ausgeführt worden. Wolle man eine Katastrophe vermeiden, müsse man diese blutigen Kundgebungen zum Stillstand bringen.

Das heißt: der General will, wie das beim Militär so üblich ist, die hungernden Land- und Stadtproletariat mit blauen Bohnen „sättigen“. Wie sollte auch ein Gamaschenknopf auf den Gedanken kommen, daß man die blutigen Unruhen — für das Blut sorgt die Guardia Civil! — durch Beseitigung der eigentlichen Ursachen schnell beendigen könnte. Durch ein Agrar-Reformgesetz, durch Erhöhung der Hungerlöhne, die die spanischen Industriearbeiter fordern, wäre der Konflikt umgehend beizulegen. Aber die Reaktion will ja, daß er sich verschärft. Die Frage ist, wie lange die sozialistische Partei und die sozialistischen Gewerkschaften dies Spiel der üblichen Koalitionsregierung noch mitmachen können. Werden die sozialistischen Führer und Gewerkschaftler die Lehre aus Deutschland ganz unbeachtet lassen?

**Dorftragödie in Portugal**

Sechs Todesopfer.

Lissabon, 6. Januar.

In Baja bei Lissabon hat sich eine furchtbare Dorftragödie abgespielt, der sechs Personen zum Opfer fielen. Der Landarbeiter Antonio Mattos war wegen Gerstendiebstahls ins Gefängnis geschickt worden. Als er zurückkehrte, hatte sich seine Frau erhängt. Aus Rache suchte Mattos den Landmann, der ihn angezeigt hatte, in seinem Gehöft auf und erschoss nicht nur ihn, sondern auch dessen Mutter und Bruder. Mattos kehrte dann in sein Haus zurück, wo er von Polizei umzingelt wurde. Er schickte seine Kinder fort, verzammelte alle Türen und Fenster und leistete der Polizei Widerstand. Es kam zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf Mattos den Polizeichef tötete und mehrere Polizisten verwundete. Nachdem Verstärkung mit Maschinengewehren eingetroffen war, wurde Mattos durch eine Kugel getötet.

**Wirbelsturm-Katastrophe auf der Insel Bali**

Amsterdam, 6. Januar.

Wie aus Batavia gemeldet wird, sind sämtliche Verbindungen mit den Inseln Bali und Lombok, die in den letzten Tagen durch schwere Wirbelstürme und Hochwasser heimgesucht wurden, unterbrochen. Man befürchtet eine Naturkatastrophe, besonders da auch die Seekebel von Banjoewangi nach Singapur und Port Darwin gestört sind.



## Um Berliner Bezirks- parteitag der SAP

In Ergänzung unseres gestrigen Berichtes  
den wir noch die folgende politische Ent-  
scheidung wieder, die nur 36 Stimmen  
teilt, während die vom Bezirksparteitag an-  
genommene Entschließung des Genossen  
eilig 48 Stimmen auf sich vereinigte:

„Der Bezirksparteitag stellt die unmittel-  
e Gefahr der Eroberung der Staatsmacht  
ch den Faschismus fest. Der Faschismus  
d, wenn er zur Macht gelangt ist, alle  
tel anzuwenden, um sich an der Macht zu  
ten. Er wird den Widerstand der Arbeiter-  
art im Blut zu ersticken suchen. Die  
eitereitschaft muß unter allen Umständen  
suchen, die faschistische Machtergreifung  
verhindern. Die Voraussetzung für ein  
ngen der Abwehr ist aber die Einheits-  
t der Arbeiterklasse, die durch ein Zu-  
mengehen aller Arbeitergruppen, die er-  
gegen den Faschismus kämpfen wollen,  
nicht werden muß. Der Bezirksparteitag  
ruft daher die Schritte des Hauptvor-  
des zur Bildung der Einheitsfront und  
pagierung dieser Parole in den Arbeiter-  
sen. Der Bezirksparteitag begrüßt auch  
ersten Erfolge, die in Berlin in der Vor-  
itung einer gemeinsamen Aktion von  
P, KPD und Lenin-Bund erreicht worden  
und beauftragt die Bezirksleitung auf  
em Wege fortzuführen. Der Bezirkspartei-  
sieht in den Kartellen der bestehenden  
eiterorganisationen, deren Aufgabe die  
einsame Abwehr des Faschismus ist, die  
en Ansätze zu Arbeiterräte, die im Fort-  
der Zersetzung des kapitalistischen  
ems die Führung des Kampfes zur Über-  
ung des Kapitalismus und des bürger-  
Staates zu übernehmen haben werden.  
SAP wird sich mit aller Kraft dafür ein-  
en, daß der Widerstand gegen den Faschis-  
und darüber hinaus der Sturz des Kapi-  
ismus vorbereitet und durchgesetzt wird.“

## Wenn das am grünen Blz geschieht . . .

Keils Tagestante beschlagnahmt  
Stuttgart, 5. Januar.

Die heutige Nummer des sozialdemokra-  
ten „Schwäbischen Tageswacht“ ist auf  
nd der Verordnung des Reichspräsidenten  
28. 3. 1931 beschlagnahmt worden.

Und dabei ist doch Keils Tagestante sooo  
dingstreu; hat in diesen Tagen noch eine  
arationshetze erster Ordnung losgelassen!  
trotzdem . . . Armer Keil!

## Die Armut kommt von der Powerteh

Hugenbergs ökonomische Erkenntnis  
n einer Rede in Detmold hat Hugenberg  
n neuen Beweis für seine tiefe national-  
omische Einsicht geliefert. Nach der Mel-  
g seiner TU erklärte er: „Die furchtbarste  
el der Arbeitslosigkeit kommt von Ab-  
ben der Betriebe.“ Das hat doch der alte  
z Reuter schon viel schöner gesagt: Die  
ut kommt von der Powerteh.

## Hindenburg als Protektor Goethes

Weimar, 6. Januar.  
Die Goethe Gedächtnis-Feier in  
mar findet vom 20 bis 28. März statt und  
auch dem heutigen deutschen Schrift-  
Gelegenheit gehen, sich zu Goethe zu be-  
nen. Am 21. März wird in der Weimar-  
e Thomas Mann sprechen, während am  
ersonntag vormittag Gerhart Hauptmann  
Wort ergreifen wird.  
Die Goethe-Gedächtnis-Woche wird, wie  
mehr amtlich verlautet, väter der Schirm-  
schaft des Reichspräsidenten von Hin-  
burg vom Reichsministerium des Innern,  
thüringischen Volksbildungsministerium,  
der thüringischen Landeshauptstadt Wei-  
und von der Goethe-Gesellschaft gemein-  
veranstaltet.

## Wilde gegen Oustric

Nur anderthalb Jahre Gefängnis!  
Paris, 5. Januar.

Das Pariser Strafgericht verurteilte heute  
Bankier Oustric zu 18 Monaten Gef-  
gnis. Ein mitangeklagter Fabrikdirektor  
ch erhielt ein Jahr Gefängnis. Es wurde  
ch Verhandlung als erwiesen angesehen,  
Oustric von den Aktien einer von ihm  
trollierten Schuhfabrik 70000 Stück  
seinen Gunsten beiseite ge-  
acht hat und daß ihm der Direktor der  
rik, Erlich, dabei behilflich gewesen ist.

## Das Ende eines Mörders

New York, 6. Januar.  
Der Mörder von Springfield, der am Sonn-  
nd bei der Verfolgung durch die Polizei  
hs Detektive und einen Sheriff  
ch Maschinengewehrfeuer getötet hatte  
dann geflüchtet war, konnte am Dienstag  
h wilder Jagd in einem abgelegenen Hause  
Houston (Texas) erneut gestellt werden. Er  
te sich dort mit einem Spießgesellen er-  
t verbarrikadiert. Nach einstündiger Be-  
ang drang die Polizei in das Haus ein.  
beiden Verbrecher wurden tot aufge-  
nden. Sie hatten Selbstmord verübt,  
dem sie erkennen mußten, daß ein Ent-  
ommen unmöglich war.

# Protest gegen eine Staatsaktion

## Der polizeiliche Überfall auf die antilimperialistische Liga / Georg Ledebour

Als Mitglied der „Liga gegen  
Imperialismus“ und Teilnehmer an ihren  
Kongressen in Brüssel 1927 und Frankfurt  
1929 schließe ich mich dem Protest gegen  
die noch immer jedweder amtlichen Auf-  
klärung ermangelnde Polizeiaktion  
gegen das Büro der Liga an.

Als Grund für den polizeilichen Überfall  
am 21. Dezember 1931 sind in der Presse  
„Nachforschungen nach illegalen  
Dokumenten“ angegeben worden. Ganz  
abgesehen davon, daß auch damit nicht die  
Verhaftung der zufällig auf dem Büro an-  
wesenden Personen zu rechtfertigen ist, fehlt  
noch immer der Nachweis, daß derartige Do-  
kumente bei der Haussuchung wirklich gefun-  
den wurden. So ist diese Polizeiaktion auch  
nur formell nicht mit dem bestehenden Recht  
in Einklang zu bringen. Selbst die Notveror-  
dungen haben noch nicht den Kampf gegen  
den Imperialismus in Deutschland zu einem  
verfolgungsbedürftigen Staatsverbrechen ge-  
stempelt.

Vom politischen Gesichtspunkt aus  
ist obendrein dieser polizeiliche Überfall auf  
das Liga-Büro eine schwere Schädigung des  
Ansehens und Einflusses des Deutschen Reiches  
im Auslande. Zweck der Liga gegen Imperia-  
lismus ist die Bekämpfung der imperialisti-  
schen Unterjochung fremder Länder behufs  
der kolonialen Ausbeutung ihrer Bevölkerun-  
gen. Deutschland ist glücklicherweise mit  
keinerlei imperialistischen Kolonialexperimen-  
ten mehr belastet. Es bedarf aber selbst in  
hohem Maße der Unterstützung und Sympa-  
thie fremder Völker, da es ihm außerordent-  
lich schwer fällt, sich ohne sie aus den unheil-  
vollen Folgen des Weltkrieges wieder empor-

zuarbeiten. Die unterdrückten Kolonialvölker  
in der ganzen Welt sind erfreulicherweise in  
Gährung geraten. Ihre Bestrebungen auf Ab-  
schüttelung des Ausbeuterjochs nehmen stän-  
dig zu an Kraft und Erfolg. Da wäre es ein  
Lebensinteresse des kolonialfreien Deutschen  
Reichs, den Befreiungsbestrebungen der unter-  
drückten Kolonialvölker seine Sympathie zuzu-  
wenden. Die Erwidern dieser Sympathien  
durch die Kolonialvölker würde nicht nur  
ideelle, sondern auch recht merkbare materi-  
elle Vorteile für Deutschland haben. Denn die  
kämpfenden Kolonialvölker boykottieren über-  
all die wirtschaftlichen Unternehmungen ihrer  
Unterdrücker und suchen ihre eigenen wirt-  
schaftlichen Bedürfnisse in Ländern zu decken,  
die ihnen Sympathie und Unterstützung ange-  
deihen lassen. Das würde auch  
Deutschland zugute kommen, wenn es  
sich freundschaftlich zu den  
Freiheitsbestrebungen der Kolo-  
nialvölker stellt.

Als Beweis dafür verweise ich nur darauf,  
daß die Chinesen jetzt die Einfuhr aus  
Japan boykottieren wegen des  
japanischen Überfalls auf die  
Mandschurei. Sie wenden sich dafür an  
die Wirtschaftsvertreter derjenigen Mächte,  
die ihnen eine freundschaftliche Gesinnung be-  
zeugen.

Nicht minder lehrhaft ist ein Brief, den  
jüngst ein indischer Revolutionär an  
den nationalsozialistischen Oberbonzen  
Hitler gerichtet hat, weil dieser sich bei den  
englischen Imperialisten ebenso würdelos an-  
zubiedern sucht, wie er schon bei den fran-  
zösischen Imperialisten gemacht hat. Diese  
Knechtseligkeit der sich selbst als Vorkämpfer

des Deutschtums ausposaunenden Hitlerschen  
Soldknechte des Großkapitals stimmt ja voll-  
auf überein mit der Verleumdung der Deut-  
schen Südtirols auf das Kommando ihres  
Unterdrückers Mussolini hin. Dürfen doch die  
Hitler-Banden brüllen „Südtirol ver-  
recke!“, ohne daß die deutschen „Patrioten“  
sich deshalb mit Ekel von ihnen abwenden.  
Die indischen Freiheitskämpfer haben offen-  
bar ein feineres Ehrgefühl: als unsere kapita-  
listischen Patrioten, denn der Brief jenes indi-  
schen Revolutionärs kündigt an, wenn jene  
Hitlersche Anbiederung bei dem neugebackenen  
englischen Nationalisten Macdonald nicht von  
der Bevölkerung Deutschlands zurückgewiesen  
werden sollte, so würden die Inder  
auch Deutschland boykottieren.

Diese Tatsachen habe ich angeführt, weil  
sie beweisen, welche grenzenlose Torheit zum  
Schaden des deutschen Wirtschaftsinteresses  
die Reichsregierung begehen würde, wenn sie  
sich aus Liebdeinerlei gegen irgend eine unter-  
drückungs-süchtige Kolonialmacht zu dem  
polizeilichen Überfall auf das Liga-Büro  
hätte verleiten lassen. Ich betone aber aus-  
drücklich: Für meine Haltung gegenüber den  
Freiheitskämpfern der Kolonialvölker ist es  
nicht entscheidend, ob dabei wirtschaftliche  
Vorteile oder Nachteile für uns heraussprin-  
gen. Wie ich im Deutschen Reichstag die  
frühere deutsche Kolonialpolitik grund-  
sätzlich vom sozialistischen  
Standpunkt aus, der das gleiche Anrecht  
aller Völker auf Menschenglück anerkennt,  
entschieden bekämpft habe, so werde ich auch  
weiterhin unbedingt eintreten für die Be-  
freiung der Menschheit von jedweder Ausbeu-  
tung und Unterdrückung.

## „Außerste bolschewistische Aufmerksamkeit“

### Kommunistische Furcht vor der Einheitsfront

„Außerste bolschewistische Aufmerksamkeit“  
Kommunistische Furcht vor der Einheitsfront

Mit der Entstehung der SAP ist in das  
Sekretariat der KPD neue große Beunruhig-  
ung eingekehrt. Begreiflich: unter den Kom-  
munisten sind noch viele nicht verrannt genug,  
um die SAP mit SPD oder Faschismus gleich-  
zusetzen. Diese sehen in der SAP vielmehr  
willkommene Kampfgefährten und schlagen  
gern und willig in die ihnen dargereichte  
Hand. Das ist für das Zentralkomitee Anlaß  
genug, um „äußerste bolschewistische  
Aufmerksamkeit“ walten zu lassen.

Das Ergebnis ist eine Epistel, die in der  
üblichen Länge in der „Roten Fahne“ vom  
5. Januar veröffentlicht wird. Die Länge wird  
in diesem Falle begreiflich durch die große  
Zahl der zu rügenden Mängel in der KPD-  
Organisation. Fast überall machen sich Strö-  
mungen geltend, die in der kommunistischen  
Terminologie als „opportunistische Abweichun-  
gen“ bezeichnet werden. So besonders in  
Württemberg, Schlesien, Sachsen,  
Berlin, Hessen, Frankfurt usw. Fast überall  
besteht die von den Kommunisten angeblich  
begangene Sünde in „einer Verkenntnis der  
Rolle der SAP und Fehler in der Anwendung  
der Einheitsfrontpolitik“. Was letztere an-  
geht, so wird in dem Brief apodiktisch erklärt:

„Die Frage der organisatorischen „Ver-  
einigung“, „Ueberbrückung“ oder zur  
„Neutralität“ gegenüber SPD- und SAPD-  
Instanzen stellen und glauben, daß auf diese  
Weise eine Einheitsfront für „spätere“  
Kämpfe entstehen könnte, ist schlimmster  
gefährlichster Opportunismus.“

So lang die Epistel des kommunistischen  
Zentralkomitees aber auch ist — der Nachweis  
für diese Behauptung wird nirgends erbracht  
und so bleibt nur der Eindruck, daß die durch  
die SAP in Fluß gebrachte Einheitsfrontaktion  
das Zentralkomitee der KPD darum stört, weil  
sich ihr gegenüber auch die von der KPD er-  
richteten Parteischranken als zu schwach er-  
weisen, wofür ja der Brief genügend Beispiele  
anführt.

## Generalstreik — Streikbruch

Meint die „Rote Fahne“  
Getreu der Ekki-Weisung, die SAP zu  
„entlarven“ und zu zerschlagen, füllt die  
„Rote Fahne“ ihre Spalten mit Verleumdun-  
gen gegen unsere Politik. Das Stärkste auf  
diesem Gebiet leistet sie sich in dem Artikel  
„Die Streikbrecherfront von Rosenfeld bis  
Hitler“ vom Dienstag, in dem sie nicht davor  
zurückschreckt, uns mit der Regierung, den  
Sozialdemokraten, den reformistischen Ge-  
werkschaftsführern, den christlichen Gewer-  
schaften und den Nationalsozialisten in eine  
Front hineinzulügen.

Den Anlaß, uns als „Streikbrecher“ zu  
brandmarken, gibt der Artikel des Genossen  
Rosenfeld, der zum politischen Generalstreik  
gegen den Faschismus auffordert. Um die  
Forderung des Generalstreiks in „Streik-  
brecherfront“ umzudichten, bedarf es schon  
der ganzen Verdrehungskunst der „Roten  
Fahne“: „Der Generalstreik, den die Rosen-  
feld-Seydewitz und andere „linke“ Sozial-  
demokraten propagieren, ist nichts weiter als

ein Ablenkungsmanöver, das die Arbeiter, die  
ehrlich für den Generalstreik sind, irreführen  
soll. . . . Und diese Leute werden auch beim  
Ausbruch eines Generalstreiks als Streik-  
brecher auftreten. Auch das ist eine ge-  
schichtliche Erfahrung der Arbeiterklasse.“

Um dieser plumpen Argumentation  
wenigstens einen Schein von Berechtigung  
geben zu können, wird behauptet, wir lehnten  
den täglichen Kampf gegen den Lohnabbau  
ab. Diese Behauptung kann man freilich nur  
dann aufstellen, wenn man, wie die „Rote  
Fahne“ es tut, der Arbeiterschaft den Aufruf  
unterschlägt, die Parteileitung der SAP  
unmittelbar nach dem Erlaß der letzten Not-  
verordnung herausgegeben hat, wenn man alle  
anderen Aktionen der Partei, die nur den  
einen Zweck haben, die Arbeitermassen zum  
Kampfe zu aktivieren, in „Ablenkungs-  
manöver“ umfrisirt. Wir sind allerdings der  
Meinung, daß der Kampf gegen den Lohnraub  
nicht mit wirkungslosen RGO-Parolen, denen  
die Arbeiter keine Folge leisten, zu führen ist,  
sondern nur durch die Schaffung einer ein-  
heitlichen und starken Kampffront, deren Bil-  
dung die KPD durch Lügen, wie sie auch hier  
verbreitet worden, immer wieder verhindert.

## Selbstmord eines polnischen Abgeordneten

Im Abgeordnetenhaus hat am Dienstag der  
Abgeordnete Warynski aus unbekanntem Grün-  
den Selbstmord durch Erhängen verübt.  
Warynski gehörte der rechts-radikalen Gruppe  
des Regierungsblocks an.

## Internationale Währungskonferenz?

London, 6. Januar  
Einer New Yorker Meldung der „Daily  
Mail“ zufolge ist Hoover bereit, eine Wäh-  
rungskonferenz einzuberufen, falls England  
dies wünsche und England, Frankreich und  
Deutschland nach Abschluß der Reparations-  
verhandlungen deshalb an ihn herantreten  
sollten.

## Amnestie in Bulgarien

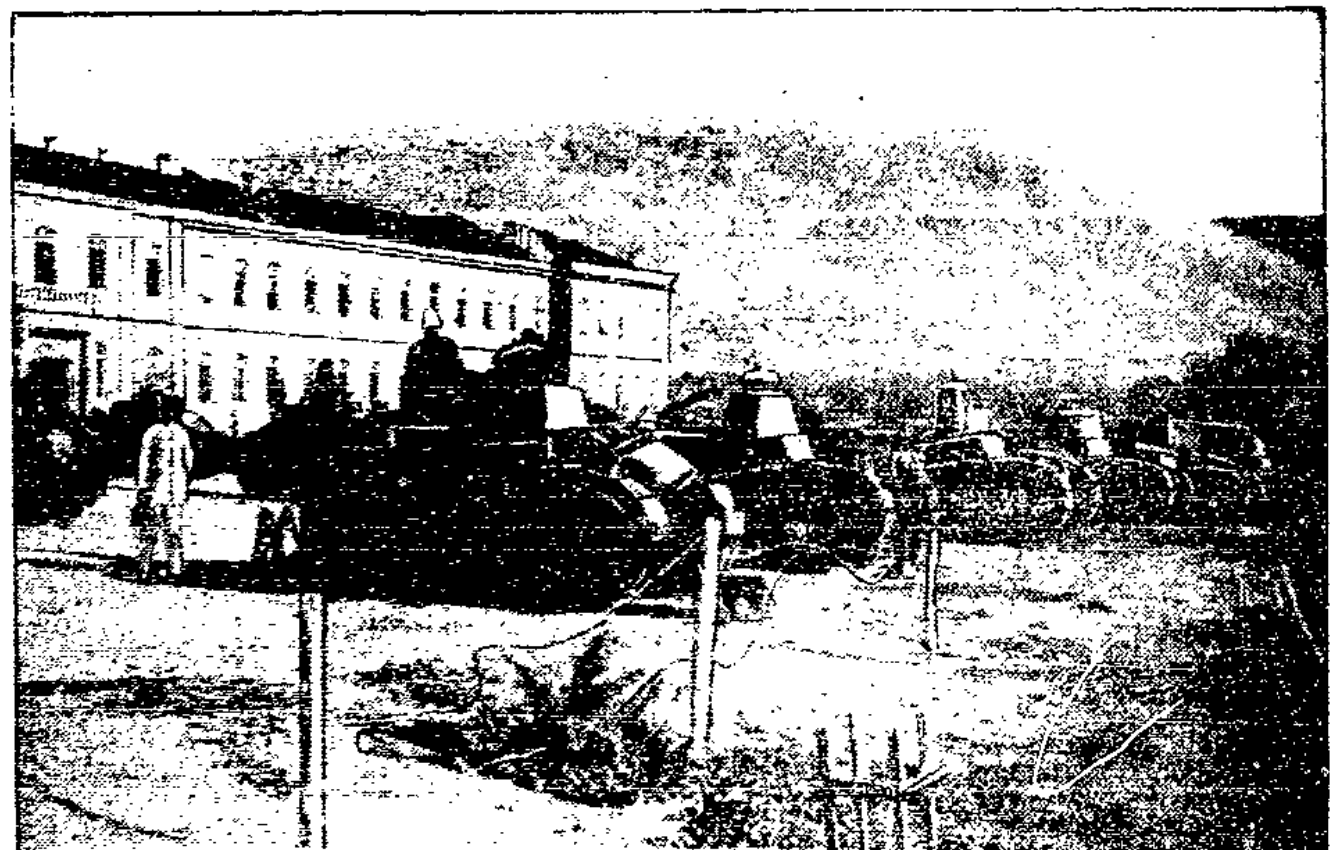
Sofia, 5. Januar  
Die Kammer nahm endgültig den Gesetz-  
entwurf über den Erlaß einer Amnestie an  
und vertagte sich alsdann bis zum 2. Februar.

## Russische Paktverhandlungen mit England?

Deutschland wird beruhigt  
Moskau (über Kowno), 5. Januar  
Wie verlautet, beabsichtigt die Sowjet-  
regierung, England den Abschluß eines  
Nichtangriffs-Vertrages vorzuschlagen, um die  
politischen Beziehungen zwischen beiden Län-  
dern zu festigen. In Moskau meint man, daß  
der Augenblick für einen Vertragsabschluß  
mit England nicht geeignet sei, daß die Ver-  
handlungen jedoch nach dem Abschluß des  
Vertrages mit Frankreich aufgenommen  
werden könnten.

Wie TU erfahren haben will, hat Außen-  
kommissar Litwinow der Reichsregie-  
rung durch den Botschafter Chintschuk mit-  
teilen lassen, daß die kommenden russisch-  
französischen und russisch-polnischen Nicht-  
angriffsverträge keine Schädigung der poli-  
tischen Interessen Deutschlands enthalten  
würden. Die Verträge würden sofort nach  
ihrer Unterzeichnung veröffentlicht.

## Kolonialpolitik mit Tanks



## Wie die Unruhen in Damaskus bekämpft wurden

Französisches Militär griff bei den schweren Tumulten anläßlich der Wahlen im sy-  
rischen Parlament mit Panzerwagen und Tanks ein. So sieht auch die Praxis  
jener Kolonialpolitik aus, die nicht nur der Staatspartei Theodor Heuß Hand in Hand  
mit dem Nazi-Ritter v. Epp verführt, sondern die auch von gewissen Sozialdemokra-  
ten gefordert wird — man denke an Cohen-Reuß und Konsorten!